Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement

BBE-LÄNDERFORUM 2019: ENGAGEMENT UND DEMOKRATIE

ARBEITSPAPIERE Nr. 10

ARBEITSPAPIERE NR. 10

BBE-LÄNDERFORUM 2019: ENGAGEMENT UND DEMOKRATIE

Das BBE-Länderforum 2019 stand unter der Überschrift „Engagement und Demokratie“: Ausgehend von diesem Schwerpunkt waren die Teilnehmenden in die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin geladen, um über die aktuelle Situation und Perspektiven der vielfältigen Strukturen der Zivilgesellschaft in den Ländern sowie politisch-strategische Fragestellungen im Bereich der Engagementförderung und -politik auf Bundesländerebene zu diskutieren. Die Veranstaltung begann am 21. Mai 2019 mit einem durch eine Dinner Speech angeregten Austausch und reger Vernetzung unter den Teilnehmenden bei einem gemeinsamen Abendessen. Am zweiten Tag galt es, ausgehend von zwei Begrüßungen und einer Keynote, im Rahmen von vier Workshops zu „Digitalisierung“, „Vielfalt“, „Vernetzung in ländlichen Räumen“ sowie „Bildung“ den breitgefassten Schwerpunkt mit Blick auf die jeweiligen Themen zu vertiefen und die Expertise sowie Perspektive der Teilnehmenden in Wert zu setzen.

Auf dem abschließenden Podium wurden die Engagementstrategien der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vorgestellt, von Seiten der am Prozess beteiligten Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft kommentiert und die verschiedenen Wege und Perspektiven im Plenum diskutiert. Das vorliegende Arbeitspapier trägt die Grußworte, die Keynote, die Ergebnisse aus den Workshops sowie die Kurzimpulse und Kommentierungen aus der Podiumsdiskussion zusammen. Das BBE-Länderforum 2019 fand in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg statt.

ISBN: 978-3-948153-02-1

Unterstützt durch

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

INHALTSVERZEICHNIS

3 Lilian Schwalb, Behzad Fallahzadeh: Das BBE-Länderforum 2019 – Einführung

7 Volker Ratzmann: Begrüßungsansprache zum „BBE-Länderforum 2019: Schwerpunktthema Engagement und Demokratie"

11 Birger Hartnuß: Grußwort

14 Thomas Röbke: Das Heilmittel der demokratischen Krise ist mehr Demokratie. Über die Vitalität demokratischer Alltagskultur

22 Birger Hartnuß: Workshop „Digitalisierung"

25 Julia Hudy: Workshop „Bildung"

31 Nicole Kautz: Workshop „Vielfalt"

37 Susanne Diemer / Rosa Geiger-Wahl: Engagementstrategie Baden-Württemberg

43 Birger Hartnuß: Engagementstrategie des Landes Rheinland-Pfalz

48 Andreas Kersting: Eine Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen

50 Jochen Beuckers: Engagementstrategie NRW – Eine Chance für die Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements

53 Autor*innenverzeichnis

55 Programm

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin-Mitte

☎ +49 30 62980 100
info@b-b-e.de
http://www.b-b-e.de
https://www.facebook.com/BundesnetzwerkBuergerschaftlichesEngagement/
https://twitter.com/BBE_Info

REDAKTION DER PUBLIKATION
Dr. Behzad Fallahzadeh, Dr. Lilian Schwalb

REDAKTION DER REIHE
PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Lilian Schwalb, Dr. Rainer Sprengel

V.I.S.D.P.
PD Dr. Ansgar Klein

LAYOUT/SATZ
Regina Vierkant (sevenminds)

ERSCHEINUNGSDATUM
Dezember 2019

ISBN: 978-3-948153-02-1

Die Erarbeitung der vorliegenden Recherche erfolgte im Rahmen der Tätigkeit der BBE Geschäftsstelle gGmbH. Die Arbeit der Geschäftsstelle wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ENTWICKELN. VERNETZEN. STÄRKEN.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist das Netzwerk für Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zur nachhaltigen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft in allen Gesellschafts- und Politikbereichen.

LILIAN SCHWALB, BEHZAD FALLAHZADEH

DAS BBE-LÄNDERFORUM 2019 – EINFÜHRUNG

Wie kann bürgerschaftliches Engagement gefördert werden, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen, denen die Demokratie heute gegenübersteht? Das BBE-Länderforum führte im Mai 2019 rund 80 Akteure nach Berlin, um sich mit dieser übergeordneten Frage intensiv auseinander setzten. Das BBE führte das BBE-Länderforum in diesem Jahr in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg durch, die Veranstaltung genoss auch die Gastfreundschaft des Kooperationspartners und fand in den Räumlichkeiten der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund statt.

Ziel des BBE-Länderforums war es, die aktuelle Situation und Perspektiven der vielfältigen Strukturen der Zivilgesellschaft in den Ländern sowie politisch-strategische Fragestellungen der Engagementförderung und -politik auf Bundesländerebene in den Blick zu nehmen. Vertreter*innen des öffentlichen Sektors – insbesondere aus den Ländern, Staatskanzleien, Ministerien jedoch auch von der Bundesebene – kamen mit Akteuren der Zivilgesellschaft – von Landesnetzwerken, LAGFA´s, Ehrenamtsstiftungen und weitere Strukturen der Engagementförderung auf Länderebene sowie weitere mit Länderfragen befassten zivilgesellschaftlichen Akteuren – zusammen, um fortzuführen, was in den vergangenen Jahren im Zuge der Vorgängerformate des BBE-Länderforums bereits erfolgreich angelegt, etabliert und weiter entwickelt worden war.

Das BBE-Länderforum hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Forum der Zusammenkunft, zu einem Lernraum, zum Ort der offenen, fachlichen und politischen Diskussion, der Vernetzung und der Kooperation über Länder- und Sektorengrenzen hinweg entwickelt. In diesem Jahr war der Sektoren und Ländergrenzen übergreifende Fachaustausch und Wissenstransfer sowie der vertrauensvolle strategische Austausch von einer neuen Qualität geprägt. Kennzeichnend war dabei zum einen die intensive Diskussion zur Schwerpunktsetzung, dem Thema „Engagement und Demokratie“, und zu aktuellen Engagementstrategien in den Ländern sowie zum anderen der besondere kooperative Charakter aufgrund einer weiteren Öffnung in Richtung Zivilgesellschaft und einer zusätzlichen Einbindung von Akteuren der Bundesebene.

Den Auftakt und die Möglichkeit für die Teilnehmenden, sich informell auszutauschen und zu vernetzen, bildete am 21. Mai 2019 ein Abendessen. Dr. Holger Krimmer, Mitglied der Geschäftsleitung im Stifterverband, hielt eine Dinner Speech zum Thema „Digitalisierung“.

Am 22. Mai 2019 befassten sich die Teilnehmenden mit Aspekten der Demokratiestärkung durch bürgerschaftliches Engagement, der Demokratieentwicklung und der guten Rahmenbedingungen einer Engagementpolitik als Demokratiepolitik.

Vor dem Hintergrund des übergeordneten Themas führten zu Beginn zwei begrüßende inhaltlich-fachliche Beiträge ein: Volker Ratzmann, Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg in Berlin sowie Birger Hartnuss, Staatskanzlei Rheinlad-Pfalz, Mitglied des BBE-Sprecher*innenrats sowie Koordinator der Länder in der Bund-Länder-Kommunen-Runde des BMFSFJ unterstrichen die Bedeutung des Formats und die besondere Rolle des BBE. Volker Ratzmann betonte in seinem Grußwort, dass bürgerschaftliches Engagement nicht immer auf Politik ausgerichtet sei, stets jedoch eine politische Dimension umfasse, die staatliche Akteure herausfordere. Das Engagement sei ausdrücklich „in gutem Sinne unbequem, fragend, fordernd – und genau deshalb unersetzlich". Aus diesem Grunde, so Ratzmann weiter, erachte das Land Baden-Württemberg Engagementförderung als einen fortlaufenden Prozess, der nur durch den Einbezug von Akteuren aus der Zivilgesellschaft gelingen und nicht von oben per Gesetzt verordnet werden könne. Birger Hartnuß verwies in seiner Begrüßung auf die grundsätzliche Rolle der Bundesländer zwischen Kommunen und dem Bund. Er betonte, dass „eine moderne, nachhaltige und wirkungsvolle Engagementpolitik den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft" benötige. Dass diese Erkenntnis auf breite Zustimmung stoße, zeige sich in der vermehrten Gründung von Landesnetzwerken, die die Strategieentwicklung, die Beratung und den Austausch auf Länderebene zum Ziel hätten.

In seiner Keynote Speech führte Dr. Thomas Röbke, Vorsitzender des BBE-Sprecher*innenrats, unter der Überschrift „Das Heilmittel der demokratischen Krise ist mehr Demokratie. Über die Vitalität demokratischer Alltagskultur" in das Schwerpunktthema ein. Im Fokus des Vortrags stand die Frage, wie die Verbindung der individuellen Lebenswelten mit dem politischen System gelingen könne. Basierend auf dem Konzept der deliberativen Demokratie von Jürgen Habermas legte er dar, wie aus makropolitischer Sicht die „Verknüpfung der unterschiedlichen demokratischen Räume und Handlungslogiken" Erfolg haben könne, ebenso wie diese von „gegenseitiger Entfremdung, ja Abschottung" gefährdet seien. Am Beispiel eines gemeinschaftlichen, generationenübergreifenden Bauprojektes veranschaulichte er in einem zweiten Schritt aus einer mikropolitischen Perspektive, wie „aus Alltagssolidarität und Gemeinschaftsbildung vielfältige politische Impulse hervorgehen können."

Anschließend bearbeiteten die Teilnehmenden das Schwerpunktthema mit Fokus auf die Themen Digitalisierung, Vielfalt und Demokratieentwicklung, Stärkung ländlicher Räume sowie Bildung & Bündnisse in vertiefenden Workshops, gemeinsam mit Impulsgeber*innen.

Die Digitalisierung, so Birger Hartnuss, Moderator und Impulsgeber im Workshop „Digitalisierung", habe die Zivilgesellschaft bereits verändert und bereichert. Gleichwohl würde sich die öffentliche Debatte zu sehr auf eine digitale Avantgarde konzentrieren und übersehen, dass viele Organisationen „noch am Anfang notwendiger Veränderungen" stünden. Vor diesem Hintergrund seien gute und gelingende Beispiele ebenso wie der Austausch untereinander von großer Bedeutung.

Der Workshop „Bildung" wurde von Julia Hudy und Sigrid Meinhold-Henschel geleitet und mit zwei Impulsen eröffnet. Neben Best-Practice-Beispielen diskutierten und erarbeiteten die Teilnehmenden „gemeinsame Handlungskorridore staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure auf Landesebene zur Stärkung" des bür-

gerschaftlichen Engagements. Unter anderem regen die Teilnehmer*innen des Workshops an, wie Julia Hudy in ihrem Beitrag schreibt, „eine Gesamtstrategie für eine umfassendere Demokratiebildung und Engagementförderung mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommunen, Pädagog*innen und Vertreter*innen der Zielgruppen zu entwickeln."

Im Workshop „Vielfalt", moderiert und mit einem Impuls eingeleitet durch Nicole Kautz, wurde die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels hin zu mehr Diversität heraus gestellt. Dieser beginne bereits mit einem veränderten Bewusstsein nicht nur für „die gesellschaftlichen, strukturellen und kulturellen Verhältnisse" in den Organisationen, sondern ebenso für die je individuelle Perspektive des Einzelnen. Auch wenn bereits einiges erreicht sei, bestehe dringender Handlungsbedarf, „um letztendlich eine Haltung zu entwickeln, die Vielfalt als gesellschaftliche Realität anerkennt, unterschiedliche Bedarfe beachtet sowie Achtsamkeit/ Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung und Benachteiligung enthält".

Zum Abschluss wurden im Rahmen einer Podiumsdiskussion die Engagementstrategien der Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in einem Kurzimpuls durch Vertreter*innen der Länder vorgestellt, aus zivilgesellschaftlicher Perspektive kommentiert und unter der Moderation von Dr. Lilian Schwalb, die auch die Gesamtmoderation der Veranstaltung verantwortete, gemeinsam mit den Teilnehmenden intensiv diskutiert.

Dr. Susanne Diemer und Rosa Geiger-Wahl stellten die Engagemenstrategie Baden-Württembergs als einen Prozess dar, der seit 2012 drei Phasen durchlaufen habe. Insbesondere der Beteiligungsprozess 2012/ 2013 habe große fachliche Energien freigesetzt und könne als ein Höhepunkt der Engagementpolitik in Baden-Württemberg bezeichnet werden. Beteiligungsprozesse dürften jedoch kein Selbstzweck sein, vielmehr bedürften sie eines klaren Erwartungsmanagements und externer wissenschaftlicher Begleitung, so eine der Erkenntnisse der Referentinnen in der Rückschau.

Der Weg von Rheinland-Pfalz zu einer Engagementstrategie, so Birger Hartnuß und Annette Scholl, unterscheide sich erheblich von den Ansätzen in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg. Obwohl die Landesregierung bereits seit 20 Jahren in kontinuierlichem Dialog mit der Zivilgesellschaft stünde und Angebote der Förderung und Unterstützung entwickelt habe, die letztendlich in eine Engagementförderstrategie gemündet wären, hätte das Land „keinen formalisierten Beteiligungsprozess mit einer dann verabschiedeten Strategie als Ergebnis" gehabt. Es gelte daher, so Birger Hartnuß in seinem Beitrag, bei der Diskussion um die Engagementstrategien der Länder stets die landesspezifischen Besonderheiten und Pfadabhängigkeiten zu berücksichtigen.

Andreas Kersting berichtete, dass Nordrhein-Westfalen bereits im Frühjahr 2018 beschlossen habe, eine Engagementstrategie unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu entwickeln. Ziel des mehrteiligen Beteiligungsverfahrens sei es nun „ein möglichst differenziertes Bild davon zu erhalten, an welchen Themen und Handlungsfeldern aus Sicht der Menschen im Land gearbeitet werden sollte, und in welchen Bereichen sie sich von Seiten des Landes, der Kommunen, der Verbände oder auch des Bundes zusätzliche Unterstützung wünschen." Jochen Beuckers begrüßte aus zivilgesellschaftlicher Perspektive die breite Beteiligung und sah diese als große Chance für die Engagemententwick-

lung in Nordrhein-Westfalen. So seien die vielfältigen Akteure im Feld gefordert, sich bezogen auf Fragen der Engagementpolitik und -förderung zu positionieren, „auch über eigene Interessen hinaus“. Es werde jedoch, so Jochen Beuckers in seinem Beitrag, eine Herausforderung bleiben, all die unterschiedlichen Perspektiven in einer Strategie zusammenzufassen und dabei nicht bei der Bündelung von Einzelmaßnahmen zu bleiben. Entscheidend für den Erfolg werde, neben anderen Faktoren, die nachhaltige und gemeinsame Weiterentwicklung der Engagementstrategie sein.

Abschließend bleibt festzuhalten: Engagement und Demokratie müssen heute mehr denn je zusammengedacht werden. In jedem Bundesland sind strategische Ansätze vor dem Hintergrund unterschiedlicher Pfade der Entwicklung, verschiedener Konstellationen des Zusammen Wirkens von Zivilgesellschaft und Staat und verschiedener struktureller und prozessbezogener Rahmenbedingungen zu betrachten. Umso mehr lohnt es sich, durch Räume der Vernetzung, des fachlichen Austauschs und des Wissenstransfer voneinander zu lernen und Synergien zu schaffen. Auch aus diesem Grund gilt unser ausdrücklicher Dank dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, die das BBE-Länderforum 2019 durch ihre Kooperation und Unterstützung ermöglicht haben.

Wir danken außerdem allen Beitragenden zur Veranstaltung und den Autor*innen für ihre zur Verfügung gestellten Texte.

Das vorliegende Arbeitspapier dient der Dokumentation der Veranstaltung und umfasst die Grußworte, die Keynote, sowie die Diskussionslinien und Ergebnisse der Workshops und der Podiumsdiskussion.

VOLKER RATZMANN, STAATSSEKRETÄR UND BEVOLLMÄCHTIGTER DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG BEIM BUND

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE ZUM „BBE-LÄNDERFORUM 2019: SCHWERPUNKTTHEMA ENGAGEMENT UND DEMOKRATIE"

Sehr geehrter Herr Dr. Röbke,
Sehr geehrter Herr Hartnuß,
Sehr geehrte Frau Schaaf-Derichs,
Sehr geehrter Herr Dr. Klein,
Sehr geehrte Frau Dr. Schwalb,
Sehr geehrter Herr Dr. Fallahzadeh,
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus Ländern, Ministerien, Verbänden, Stiftungen, Dachorganisationen und Initiativen!

Ich heiße Sie herzlich in der Landesvertretung Baden-Württemberg willkommen und hoffe, Sie hatten gestern Abend bereits einen erfolgreichen Auftakt. [1]

„Engagement und Demokratie" lautet das Thema des heutigen Länderforums, das gemeinsam vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg veranstaltet wird.

Sehr gern habe ich die Einladung zur Begrüßung angenommen.

Nicht zuletzt deshalb, weil ich selbst immer wieder engen Kontakt habe zu Menschen, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge in Baden-Württemberg engagieren. Vertreterinnen und Vertreter dieser Gruppen nach Berlin einzuladen, ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung für ihre unschätzbar wertvolle Arbeit. Aus ihren konkreten Erfahrungen in der Begleitung von Flüchtlingen – etwa bei der Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, bei Behördengängen – ergeben sich im Austausch interessante Einblicke. Und durchaus auch politische Forderungen, die es wert sind, gehört zu werden.

Wenn mir etwa berichtet wird, wie Flüchtlinge in bestimmten Konstellationen plötzlich mittellos dastehen, wenn sie eine Ausbildung aufnehmen, weil verschiedene Gesetze nicht richtig aufeinander abgestimmt sind. Diese Gespräche habe ich im Ohr, wenn wir – wie vergangenen Freitag – im Bundesrat darüber beraten, wie solche Förderlücken zu schließen sind.

Dies scheint mir ein Beispiel dafür zu sein, wie ehrenamtliches und politisches Engagement zusammenhängen und wie richtig Ihr heutiges Schwerpunktthema ist.

Ich glaube, Demokratie ist ohne bürgerschaftliches Engagement undenkbar. Es bedarf aktiver Bürgerinnen und Bürger, die das Gemeinwesen mitgestalten und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. In einer lebendigen Demokratie beschränkt sich die Rolle der Bürgerinnen und Bürger nicht auf die Stimmabgabe bei Wahlen.

Auch wenn nicht jedes bürgerschaftliche Engagement auf Politik ausgerichtet ist, hat es auch politische Seiten. Immer wieder beeindrucken Bürgerinnen und Bürger

1 Externer Auftakt am 21. Mai mit Dinner Speech von Herrn Dr. Holger Krimmer, Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes

die staatlichen Akteure nicht nur, sondern fordern sie auch heraus in ihrem Tun.

Bürgerschaftliches Engagement kann dabei viele Formen haben:

- Sei es das klassische Ehrenamt in Vereinen, das wir in seiner Bedeutung nach wie vor nicht unterschätzen dürfen. Über die Hälfte des Engagements findet nach wie vor in Vereinen statt.
- Oder sei es das zivilgesellschaftliche Engagement in themenorientierten, manchmal eher kurzfristigen Initiativen.
- Nicht zu übersehen ist auch die Bedeutung der vielen Verbände und der Wirtschaft, die ebenfalls eine lange Tradition und viel Innovationskraft mitbringen.
- Oder seien es neue Formen von projektbezogener Bürgerbeteiligung. Hierzu hat Baden-Württemberg einiges auf den Weg gebracht, angestoßen durch Staatsrätin Gisela Erler im Kabinett.

Alle diese Formen des Engagements tragen zur Demokratie bei.

Sie sind Formen der gesellschaftlichen Teilhabe, und sie verweisen auf gesellschaftliche Themen und Problemlagen, die sonst übersehen würden.

Oft sind sie in gutem Sinne unbequem, fragend, fordernd – und genau deshalb unersetzlich. Engagementpolitik ist damit Demokratieförderung und ein aktiver Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv der Engagementstrategie Baden-Württemberg.

Da Sie im Laufe des Tages noch näher auf die jeweiligen Konzepte unterschiedlicher Bundesländer eingehen wollen, möchte ich nur eines kurz hervorheben: Es ist ein wichtiges Anliegen des Landes Baden-Württemberg, der Vielfalt und dem viel zitierten „Eigensinn“ des Engagements gerecht zu werden sowie allen Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft, einer Behinderung, Einkommen, Bildung, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung – gleichermaßen Engagement zu ermöglichen.

Der Stellenwert, den das Land dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger beimisst, lässt sich auch daran ablesen, dass Ende 2015 die Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl in die Landesverfassung aufgenommen und zum Staatsziel erklärt wurde.

Dabei gibt es bei uns im Land immer auch intensive Diskussionen um die Frage, welcher Weg zur Förderung des Engagements der erfolgversprechendste ist. Welche Aufgaben das Land hat, welche Aufgaben die Kommunen, welche die Verbände, welche die Zivilgesellschaft selbst? Was brauchen Vereine, was benötigen die eher neuen, „jungen“ Initiativen? Auch das Verhältnis zwischen Beteiligungsformaten und Strukturförderung des Bürgerschaftlichen Engagements wird kritisch diskutiert.

Für die Engagementstrategie hat das Land daher zusammen mit den Akteuren aus den Kommunen und der Zivilgesellschaft in dieser Legislaturperiode Workshops zur Weiterentwicklung und Neujustierung veranstaltet. Genau dies ist aus unserer Sicht der entscheidende Punkt: Engagementförderung ist nicht etwas statisch von oben Gesetztes, sondern ein fortlaufender Prozess, ein ständiges Aushandeln von strategischen und operativen Zielen, politischen Implikationen und konkreten Umsetzungsschritten. Dieses prozesshafte Vorgehen setzt funktionsfähige Strukturen und verlässliche Netzwerke voraus. Mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement haben wir in Baden-Württemberg ein gutes Fundament.

Wie wichtig Netzwerke nicht nur auf Landes-, sondern ebenso auf Bundesebene ist, zeigt die heutige Veranstaltung: Ohne die gute Kooperation im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, ohne die verlässliche Zusammenarbeit der Länder untereinander wäre es nicht möglich, Strategien und Formen zum Politikfeld Bürgerschaftliches Engagement zu erörtern.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, dem BBE ganz herzlich zu danken, dass Sie seit vielen Jahren die Fachdiskussion ebenso bereichern wie den Kerngedanken einer gewinnbringenden Vernetzung vorantreiben.

Ich freue mich, dass wir als Land Baden-Württemberg mit Ihnen in guter Kooperation einen Teil zum Gelingen beitragen können.

Das heutige Forum unterstreicht die Bedeutung der Länder.

Mit Blick auf den Bund erlaube ich mir die Anmerkung, dass ein gutes Zusammenspiel auch zwischen Bund und den Ländern wichtig ist. Daher freuen wir uns, wenn der Bund die Länder frühzeitig einbezieht in mögliche Initiativen und Programmplanungen.

Zu Recht betonen die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter immer wieder, dass das Engagement vor Ort gelebt wird und sich daher alle staatlichen Ebenen jeweils darauf besinnen müssen, wie diese Erfahrungen, die Expertise derjenigen, die am nächsten an den Bürgerinnen und Bürgern, den sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Fragestellungen der Menschen dran sind, systematisch einbezogen werden können.

Die konstruktive Vernetzung aller Akteure in Zivilgesellschaft, Staat ist eine dauerhafte Aufgabe. Dazu gehört aber auch die Wirtschaft. Das Thema CSR (Corporate Social Responsibility) hat in vielen Unternehmen einen festen Stellenwert. Die Aktivitäten sind so vielfältig wie die Unternehmen selbst, sei es in der Förderung des Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es durch Förderung von Initiativen und Vereinen vor Ort.

In Veranstaltungen wie den „Bad Wimpfener Gesprächen", die am 17. Juli zum fünften Mal stattfinden, bieten wir in Baden-Württemberg eine Plattform, um nur ein Beispiel zu nennen.[2] Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, CSR noch stärker in die Mitte der Engagementpolitik und unserer Vernetzungsstrukturen zu bringen. Denn auch hier können wir von einem Miteinander statt einem Nebeneinander der Aktivitäten nur gewinnen.

Meine Damen und Herren, bei Ihrem heutigen Forum beleuchten Sie die Vielfalt der Zivilgesellschaft in den Ländern und diskutieren Fragen der Engagementförderung auf Länderebene. Sie öffnen damit die Diskussion, betrachten Engagementstrategien nicht als interne Angelegenheit eines jedes Bundeslandes. Im Gegenteil suchen Sie mit dem Format „Länderforum" den Austausch mit anderen Ländern, mit den zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, mit allen am Prozess Beteiligten. Dieses fachliche und fachpolitische Verständnis von Vernetzung und Kooperation, dieser Schulterschluss in der Sache ist unseres Erachtens ein großer Gewinn.

Im Föderalismus gilt ja die Regel: Wenn es passt, darf gerne voneinander abgeschrieben werden! Denn unser Föderalismus zeichnet sich ja nicht nur durch Wettbewerb aus, sondern mindestens ebenso durch Kooperation. Wenn wir dazu auch noch die Impulse und die kritische Beglei-

2 https://csr-bw.de/csr-landesweit/bad-wimpfener-gespraeche/

tung aus dem BBE erhalten, sind wir auf dem richtigen Weg: Auf dem Weg einer Demokratie, die das Engagement, auch und gerade das Eigensinnige und in gutem Sinne Widerspenstige des Engagements, fördert und herausfordert.

Für diesen Diskurs geben wir in der Landesvertretung Baden-Württemberg gerne einen Rahmen.

Deshalb nochmals ein herzliches Willkommen, und eine interessante Veranstaltung!

BIRGER HARTNUSS

GRUSSWORT

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie sehr herzlich zum zweiten Länderforum des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Ich tue dies besonders gern in meiner Funktion als Koordinator der Länder in der Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ und damit stellvertretend für meine Kolleginnen und Kollegen, die wie ich selbst in den Ländern in Ministerien, Staats- oder Senatskanzleien für die Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement Verantwortung tragen.

Die Länder spielen im föderalen System zwischen Bund und Kommunen eine besondere Rolle, auch und gerade für die Engagementpolitik. Dies liegt einerseits daran, dass sie in so wichtigen Gestaltungsbereichen wie etwa der Bildungspolitik oder der Kommunalverfassung die gesetzgeberische Kompetenz innehaben und damit wichtige Weichen dafür stellen, wie das bürgerschaftliche Engagement ermöglicht, unterstützt und gefördert wird. Andererseits haben die Länder mit den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten eine wichtige impulsgebende Funktion. Mit zahlreichen Modellprojekten, Förderprogrammen, Strukturförderungen, Fort- und Weiterbildungsangeboten sowie Instrumenten der Anerkennung, Würdigung und Wertschätzung haben die Länder in den vergangenen Jahren viel unternommen und damit zur Entwicklung einer eigenständigen Engagementpolitik beigetragen.

Als Länder stehen wir hierbei in einem regelmäßigen Austausch. Die bereits erwähnte Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ ist hierfür ein zentraler Ort. Wir pflegen hier die gegenseitige Information, tauschen uns aus und profitieren gegenseitig von unseren Erfahrungen. Ich darf an dieser Stelle sagen, dass sich dieses Format der Zusammenarbeit der Länder untereinander, aber auch mit dem für die Engagementpolitik auf Bundesebene federführenden BMFSFJ bewährt und sich gerade in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat. Im Austausch besteht ein positiver Wettbewerb um gute Ideen und Ansätze. Wir lernen voneinander und übertragen Modelle und Ideen. Darüber hinaus aber hat sich diese Struktur etabliert für die gemeinsame Strategieentwicklung und die gemeinsame Bearbeitung von Herausforderungen. Wir kooperieren – das mag banal klingen, ist aber alles andere als selbstverständlich. So organisieren wir aktuell bereits zum zweiten Mal eine gemeinsame Länderauswertung des Freiwilligensurveys, wir veranstalten gemeinsame Fachtagungen und Workshops hierzu, wir stimmen uns zu wichtigen engagementpolitischen Vorhaben ab. Bei allen Unterschieden und Differenzen, die es natürlich gibt, haben wir hierbei doch eine

enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickeln können.

Dieser Austausch ist allerdings einer, der sich zunächst auf die Ebene der staatlichen Akteure konzentriert. Das ist wichtig und hat seine Berechtigung. Gleichzeitig aber ist uns bewusst, dass eine moderne, nachhaltige und wirkungsvolle Engagementpolitik den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft benötigt. In fast allen Ländern haben sich in den vergangenen Jahren daher eigene Landesnetzwerke gegründet, die auf Länderebene Austausch, Beratung und Strategieentwicklung ermöglichen.

Im BBE erfahren die Landesnetzwerke als zentrale Instrumente der Politikentwicklung daher seit vielen Jahren besondere Aufmerksamkeit. In regelmäßigen Workshops wurden die Netzwerke zusammen und in Austausch gebracht, ihre Entwicklungen analysiert und verglichen. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass es eben auch länderübergreifender Kontexte für den Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft bedarf. So haben die Netzwerktagungen nicht zuletzt dazu beigetragen, dass mehrere Länder eigene Netzwerkentwicklungen auf den Weg gebracht haben.

Standen bei diesen Workshops zunächst die Netzwerke als solche im Mittelpunkt, so machten sich die Diskussionen doch immer an den konkreten Herausforderungen und Bedarfen in den Ländern fest. Daher standen und stehen grundsätzlich alle relevanten Themen der Engagementpolitik auf der Agenda. Im vergangenen Jahr haben wir im BBE entschieden, dieses Austauschformat weiterzuentwickeln. Als jährlich stattfindendes Länderforum im BBE bietet es nunmehr die Gelegenheit, sich über die Ländergrenzen hinweg, im Dialog von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Akteuren mit aktuellen Fragen der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Beteiligung, die für die Länder besonders relevant sind, auseinanderzusetzen. Dies bietet einen echten strategischen Mehrwert für die Länder, die, wie ich erwähnen möchte, alle auch Mitglied im BBE sind.

Das Länderforum ist ein noch junges, aber wichtiges Angebot im Bundesnetzwerk. Es wird regelmäßig in Patenschaft eines Landes organisiert und durchgeführt. Daher möchte ich an dieser Stelle dem Land Baden-Württemberg ganz herzlich für die Gastgeberschaft in der Landesvertretung Berlin sowie das konzeptionelle, organisatorische und nicht zuletzt finanzielle Engagement danken.

Schwerpunkt des diesjährigen Länderforums ist das Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Demokratie“. Seit zwei Jahrzehnten, spätestens seit den Diskussionen und den Empfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundetags, wird in der fachwissenschaftlichen Debatte der enge Zusammenhang von Engagement- und Demokratiepolitik betont. In der Praxis bestimmte aber lange Zeit ein eher pragmatischer Ansatz die Engagementförderung, der zwar ein Mehr an Mittun der Bürgerinnen und Bürger zum Ziel hatte, nicht aber unbedingt ein Mehr an Mitbestimmung, und der damit die Potenziale des Bürgerengagements für die Weiterentwicklung unserer Demokratie eher ausblendete. In jüngster Zeit aber, vor allem durch das Erstarken von Populismus, zunehmender Ausgrenzung und offener Demokratiefeindlichkeit, wächst auch die Erkenntnis, dass eine starke, offene, solidarische Bürgergesellschaft viel beizutragen hat zur Bewältigung dieser gravierenden gesellschaftlichen Herausforderungen.

Wir stellen uns daher heute den Fragen: Wie kann es konkret aussehen, dass bürgerschaftliches Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt und die Demokratie stärkt? Welche Unterstützungsstrukturen braucht es dafür von Bund, Ländern und Kommunen? Welche Erfahrungen gibt es hierbei in den Ländern? Welche Herausforderungen und Bedarfe gibt es und wie können wir ihnen wirkungsvoll begegnen?

Diese grundsätzlichen Fragestellungen werden uns begleiten und unser Fokus sein in vier Themenfeldern, die derzeit in den Ländern besondere Aufmerksamkeit erfahren – die Digitalisierung, die wachsende Vielfalt in unserer Gesellschaft und im Engagement, die Entwicklung in den ländlichen Räumen sowie die Bildungspolitik. Natürlich wird hierbei auch die Rolle der Landesnetzwerke immer wieder ins Visier genommen. Und wir werden uns der Frage stellen, wie es eigentlich mit der Entwicklung von eigenen Engagementstrategien in den Ländern aussieht und welchen Stellenwert dabei die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements hat.

Ich wünsche uns allen hierbei einen intensiven, kreativen Austausch, gute Beratungen, Inspiration und Mut sowie nicht zuletzt eine gute Zeit in angenehmer Atmosphäre.

Mein Dank gilt noch einmal der Landesvertretung Baden-Württemberg, Frau Dr. Diemer und ihrem Team aus dem Stuttgarter Sozialministerium sowie dem BBE, insbesondere Frau Dr. Schwalb und Herrn Dr. Fallahzadeh, für die gute Planung, Organisation und Vorbereitung des Länderforums.

THOMAS RÖBKE

DAS HEILMITTEL DER DEMOKRATISCHEN KRISE IST MEHR DEMOKRATIE. ÜBER DIE VITALITÄT DEMOKRATISCHER ALLTAGSKULTUR

1. Lebenswelt und Öffentlichkeit

Demokratie, schreibt der amerikanische Philosoph John Dewey, ist mehr als ein Regierungssystem. Sie ist eine weit über den Staat hinausreichende „soziale Idee", die die gesamte Gesellschaft durchdringt. Regierungseinrichtungen sind weiter nichts als Mechanismen, die dieser Idee Kanäle für effektvolles Wirken bereitstellen (Dewey: 125).

Heute scheinen wir eine Krise der Demokratie zu durchleben. Wo aber ist sie zu verorten? Wie tief reicht sie in unser Alltagsleben und die uns begleitenden Institutionen, und vor allem: Welche Heilmittel gibt es, ihr zu begegnen?

Dewey meint: Das beste Heilmittel gegen die Krise der Demokratie sei mehr Demokratie (Dewey: 127). In dieser Überzeugung möchte ich die folgenden Betrachtungen verstehen. Sie folgen zwei Perspektiven: Einer makropolitischen Sicht, die versucht, die Verknüpfung der unterschiedlichen demokratischen Räume und Handlungslogiken aufzuzeigen, ihre Gefährdungen der gegenseitigen Entfremdung, ja Abschottung darzustellen. Ich orientiere mich dabei am von Jürgen Habermas entwickelten Konzept der deliberativen Demokratie.

Zum anderen geht es um eine mikropolitische Sicht, die an einer exemplarischen Initiative, einem gemeinschaftlichen, generationenübergreifenden Bauprojekt, aufzeigt, wie aus Alltagssolidarität und Gemeinschaftsbildung vielfältige politische Impulse hervorgehen können. Diese Scharnierfunktion zwischen privaten Angelegenheiten und Räumen der Öffentlichkeit, zwischen bürgerschaftlichem und politischem Engagement verdient meines Erachtens eine besondere Aufmerksamkeit im Sinne der Aufforderung Deweys, auf mehr Demokratie zu setzen.

Beide Perspektiven steuern auf einen gemeinsamen Fluchtpunkt zu: Es geht um das Gelenkstück, das die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen mit dem politischen Raum der Öffentlichkeit verbindet.

2. Lebenswelt – Assoziationen – Öffentlichkeit

Einer der Urväter der modernen Demokratie, Thomas Paine, hat 1776 in seinem für den Verlauf der amerikanischen Revolution so einflussreichen Pamphlet „Common Sense" eine knappe Darstellung gegeben, wie Gemeinwesen und Regierung in widersprüchlicher Weise miteinander verknüpft sind.

In der Gesellschaft gehe es um unsere Bedürfnisse (wants), in der Regierung drehe sich das Wesentliche um unsere Schlechtigkeit (wickedness). Gesellschaft will positiv ein Band der Zuneigung und Gemeinschaft erzeugen. Der Staat soll uns negativ davon abhalten, nur unseren eigensin-

nigen Privatinteressen oder gar unseren Lastern zu folgen und andere damit einzuengen oder beherrschen zu wollen.

Dennoch geht, und das ist der zweite Ansatz von Paine, in einem guten demokratischen Staatswesen die Regierung aus den lokalen Gemeinschaften hervor. Das beschreibt er im Blick auf die frühe amerikanische Geschichte, deren politischer Zeuge er ist: Zunächst siedeln sich kleine Gemeinschaften an, in denen sich alle Mitglieder persönlich kennen. Sie organisieren ihr Zusammenleben nach Tradition, Anstand und Sitte. Sobald diese verstreuten Kolonien größer werden und in Kontakt miteinander treten, müssen übergeordnete und abstraktere Regeln definiert werden, die von jeweiligen Vertretungen der einzelnen Gemeinschaften auszuhandeln sind. Wenn Interessen aufeinanderprallen, wird eine allgemeine Rechtssetzung jenseits der lokalen Traditionen unumgänglich, um den Frieden zu erhalten. Die Vertretungen müssen in steter Rückkopplung mit den lokalen Gemeinschaften stehen, die sie repräsentieren. Aber Paine hat die Gefahr der Entfremdung der beiden Seiten schon deutlich vor Augen. In einer Demokratie ist eine Abwahl der Regierung durch die Bürgerschaft möglich, wenn die Entfernung der Regierenden zu groß wird.

Durch diese beiden Grundlinien – die Linie des politischen Aufbaus von unten nach oben und einer komplementären funktionalen Entgegensetzung, Kontrolle und Kritik von Gesellschaft und Staat – entwickelt sich ein demokratischer Raum der Verhandlung der widerstreitenden Interessen und der gemeinsamen Politikformulierung, den wir Öffentlichkeit nennen. Sie bündelt die Ansprüche der Lebenswelt und der auf ihr aufbauenden Organisationen der Zivilgesellschaft als Grundlage für die politische Gestaltung durch Regierung und Staat. Zugleich ist sie eine Art Wächter gegenüber staatlichem Handeln. Sie ist das Forum, auf dem die unterschiedlichen Bedürfnisse der „Lebenswelt“ (Habermas 1992) ihre über die Lebenswelt hinausragenden Ansprüche anmelden, aber auch mit widerstreitenden Interessen abstimmen müssen. Aus diesem widersprüchlichen Ineinander von konstruktivem Aufbau und Gegenstromprinzip geht die Notwendigkeit einer ständigen Austarierung der Funktionen der Öffentlichkeit, der checks and balances hervor, die Demokratie gleichsam immer wieder durch die Bündelung von Meinungen und Interessen, aber auch durch Störungen und Reibungen am Laufen hält.

3. Fliehkräfte demokratischer Politik

Jürgen Habermas hat mit seinem Konzept der deliberativen Demokratie das demokratische Potenzial unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften neu zu fassen versucht. Schon innerhalb der Lebenswelt findet eine kommunikative Verständigung und Organisierung unmittelbarer Bedürfnisse und Ansprüche statt. Habermas nennt das rationalisierte Lebenswelt. Menschen bilden Vereine und Interessensverbände, die ihre Anliegen in die demokratische Öffentlichkeit hinein tragen.

Habermas unterscheidet dabei drei unterschiedliche Kanäle (Habermas 1992: 349-467), wie sich diese Assoziationen ihren Weg in die Arenen der politischen Öffentlichkeit bahnen:

- Zunächst geht es um politische Körperschaften, die grundgesetzlich verankert sind. Parteien wachsen aus besonderen Milieus oder Interessenkonstellationen. Sie haben aber eine darüber hinausgehende Funktion, da sie an der lebensweltlichen Basis und

in der Öffentlichkeit zur politischen Willensbildung (Artikel 21 GG) beitragen sollen. Wenn sie an einer gewählten Regierung beteiligt sind, können sie nicht nur mehr ihre Sonderinteressen verfechten, sondern sollen zum Wohle aller regieren. Dazu muss aus ihren Reihen auch geeignetes Personal rekrutiert werden können. Dieser Zweig der Öffentlichkeit ist insofern herausgehoben, als er durch Wahlen legitimiert ist, Entscheidungen zu treffen.

- Zum zweiten gibt es die Lobby von oft traditionsreichen Organisationen, die bestimmte gesellschaftliche Funktionen oder Subsysteme repräsentieren und für ihre Interessen im öffentlichen Raum und auf staatlicher Ebene um Einfluss werben. Dazu gehören öffentliche Körperschaften wie Religionsgemeinschaften oder Kammern, aber auch Verbände, die nur ein bestimmtes Ziel verfolgen.
- Schließlich können aus der Selbstorganisation der Lebenswelten politische Initiativen und Bewegungen hervorgehen, die Anliegen vertreten, von denen ihre Protagonisten der Meinung sind, dass sie weder in den Parteien noch im Lobbyismus angemessen Berücksichtigung finden. Diese aus einer „vitalen Bürgergesellschaft“ (Habermas 1992: 449) hervorgehenden Impulse kämpfen um Einfluss, zum Teil mit Mitteln des Protests, der bis zum zivilen Ungehorsam reichen kann. Sie bringen im besten Falle belebenden Schwung für die Demokratie, gleichsam durch konstruktive Störung. (Habermas 1992: 449)

Aber wie sieht es mit diesen habermasschen Prämissen der deliberativen Demokratie heute aus?

- Die politischen Parteien verlieren seit Jahren Anhängerschaft. Die Mitgliederzahlen der SPD haben sich seit Ende der 1970er Jahre, als sie einmal über eine Million Mitglieder zählte, mehr als halbiert. Die Unionsparteien hatten ihren Höhepunkt zu Beginn der Regierung Kohl Anfang der 1980er Jahre mit über 900.000 Mitgliedern und liegen nun bei 575.000 Mitgliedern. Diese Ausdünnung bedeutet auch einen schleichenden Rückzug aus der Zivilgesellschaft.
- Finanzstarke Lobbyisten konnten durch die neoliberal gewollte und über Jahrzehnte durchgesetzte Schwächung des Staates immer mehr Einfluss auf Politik gewinnen. Colin Crouch spricht schon von einer „Postdemokratie“. Diesen Gruppierungen geht es nicht vordringlich um das Gemeinwohl, sondern vor allem um die Berücksichtigung eigener ökonomischer Interessen.
- Schließlich haben die neuen sozialen Bewegungen, die in den 1970er Jahren politische Aufmerksamkeit auf sich zogen, an Kraft verloren. Heute gibt es vor allem auf einzelne Kampagnenziele zugespitzte One-Issue-Bewegungen, zum Beispiel zum Verbot des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat oder zur Verhinderung des Handelsabkommens TTIP, die im öffentlichen Raum Widerhall finden.
- Schließlich erleben wir den Aufstieg von politischen Gruppen und Bewegungen, die aus dem Gefühl der Bedrohung ihrer Lebenswelten durch die Moderne zu fundamentalistischen oder populistischen Strömungen zusammenfinden und zum Teil wichtige Errungenschaften der Demokratie wie Medienvielfalt, Offenheit und Transparenz infrage stellen.

Was auf der Strecke bleibt, ist die Suche nach dem Gemeinsamen im Unterschiedlichen. Man bleibt unter sich und verstärkt in voneinander getrennten Resonanzräumen das je eigene Anliegen. Man ist in seiner Filterblase gefangen.

4. Lebendige Demokratie

Was kann im Sinne der Demokratieförderung getan werden, um diesen bedenklichen Entwicklungen entgegenzutreten? Man muss, einfach gesagt, Formen der Vernetzung schaffen, des Austragens der Unterschiede, und zwar auf allen Ebenen, vom Stadtteil bis zur „großen" Politik. Lebendige Demokratie hat es, um nochmals Dewey zu zitieren, mit einem stark verzweigten Kanalsystem zu tun. Schleusen und Kammern, Durchlässe und Sammelbecken müssen aufeinander abgestimmt sein, um eine gute Strömungsgeschwindigkeit an Einflüssen, Entscheidungen, Informationen und Diskursen zu ermöglichen. Aus den Vorurteilen der Lebenswelt müssen – durch politische Urteilskraft, Perspektivübernahmen und wechselseitige Kritik – Anstrengungen zu gemeinsamen Lösungen hervorgehen, muss also das entstehen, was Hannah Arendt „sensus communis" (Arendt 1983) nennt. Das scheint zunehmend schwierig zu sein. Die offensichtliche Entfremdung der politischen von der lebensweltlichen Ebene führt zu einem unverbundenen Nebeneinander, einer wechselseitigen Enttäuschung über abgehobene Politik und eine apathisch gewordene Bürgerschaft, die sich wie in einem Circulus Vitiosus gegenseitig hochschaukelt. Der amerikanische Philosoph Michael Sandel sieht daher die Moderne an einem Scheidepunkt angelangt, an dem folgende Fragen grundsätzlich zu stellen sind: „Ist Selbstverwaltung unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft möglich? Welche Formen von Solidarität und Gemeinschaft können demokratische Gesellschaften in einem durch vielfältige Identitäten und komplexe Persönlichkeiten geprägten pluralistischen Zeitalter überhaupt noch wecken?" (Sandel 2015: 15)

Was kann Bürgerschaftliches Engagement, gleichsam aus der Lebenswelt hervorkommend und in das Politische hineinreichend, leisten, um diese Krise der Demokratie konstruktiv zu bearbeiten? Bürgerschaftliches Engagement kann einfach in der Lebenswelt verharren. Vielleicht besteht gar nicht der Ehrgeiz, sich im öffentlichen Raum zu artikulieren? Vielleicht meint man, darauf verzichten zu können? Das ist ja auch nachvollziehbar, wenn es sich nicht um Ansprüche handelt, die von anderen bestritten werden oder man selbst gar nicht nach politischer Resonanz für das eigene Anliegen sucht.

Bürgerschaftliches Engagement kann sich aber auch in antidemokratischen Initiativen sammeln. Wer sich in der Lebenswelt einer ethnisch geschlossenen Gemeinschaft einigeln will, kann sich auch für dieses Ziel öffentlich einsetzen. Er wird sie vor einem als bedrohlich empfundenen Außen schützen wollen und dafür beträchtliche Energie aufwenden.

Daher brauchen wir im Sinne der Stärkung der Demokratie inklusive, integrative und am Gemeinwohl orientierte Gemeinschaften, die offen sind für verschiedene soziale Gruppen und es immer wieder verstehen, in den Bereich der politischen Öffentlichkeit vorzudringen, um dort Aufmerksamkeit zu erzeugen und Einfluss zu nehmen. Es geht nicht nur um die öffentliche Artikulation der Interessen, sondern auch um die (Wieder-)aneignung einer verantwortlichen Haltung zur Gemeinschaft. Daher müssen diese Orte einerseits auf ihre jeweils besonderen lebensweltlichen Voraussetzungen bezogen sein, andererseits an Politik anschlussfähig werden. Sie müssen als Scharnier beides leisten: Sie sind einerseits Reallabore für Gemeinschaftsbildung, andererseits öffentlicher Raum der Interessenartikulation. Sie müssen für verschiedene Gruppen offen sein, die die unterschiedlichsten Themen bearbeiten und dürfen sich nicht zu One-Issue-

Bewegungen verkürzen: Sie müssen multithematisch und divers sein. Einer dieser Orte soll hier exemplarisch beschrieben werden.

5. Demokratische Alltagskultur

Das gemeinschaftliche Bauprojekt Spiegelfabrik (weitere Informationen unter www.spiegelfabrik-fuerth.de) steht nach einem drei Jahre währenden Vorlauf der Diskussionen und Planungen kurz davor, auf einem innenstadtnahen Grundstück sechzig Wohnungen mit größeren Gemeinschaftsräumen zu errichten. Derartige Wohnprojekte sind nichts Neues, vor allem in Großstädten wie Hamburg, Berlin und München oder Universitätsstädten wie Freiburg und Tübingen gibt es davon einige, aber die Größenordnung ist nicht nur in der 130.000-Einwohner-Stadt Fürth außergewöhnlich. Das macht das Projekt zu einer teils kniffligen kommunalpolitischen Angelegenheit. Man kann sagen: Das Bauvorhaben ist zum Stadtgespräch geworden. Der Fürther Stadtrat hatte sich schon mehrmals damit befasst und der Baugruppe einhellig, über alle Parteigrenzen hinweg, den Rücken gestärkt. Die Stadtregierung unterstützt das Projekt mit allen Kräften.

Das Bedürfnis nach gemeinschaftlichen Wohnformen scheint enorm. Ohne eigens zu werben, hatte das Bauprojekt Spiegelfabrik in kurzer Zeit über tausend Menschen in Veranstaltungen über das Vorhaben informiert. Schon lange vor Baubeginn sind 90 Prozent aller Wohnungen vergeben. Bauen soll sich nicht in „Ton-Steine-Erden“ erschöpfen, sondern eine zugewandte Nachbarschaft ermöglichen. Sozialpolitische Herausforderungen wie Inklusion, Integration, soziale und kulturelle Mischung stehen für eine neue Stadtutopie und gegen Tendenzen der Segregation und Gentrifizierung.

Diese Ziele stehen in vielen Absichtserklärungen gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Umgesetzt werden sie meist nur, wenn man sie zu harten Kriterien macht und es nicht nur bei schönen Träumen belässt. Zunächst lässt die Größenordnung des Projekts eine Generationenmischung zu. Ein Drittel der Wohnungen wurde für junge Familien reserviert, ein Drittel für die Gruppe Über-55-Jahren. Das restliche Drittel dazwischen sind Familien mit schulpflichtigen Kindern. Die Älteren fühlen sich, angesichts der Sorgen ums eigene Altwerden stärker angesprochen, und sie haben oft die notwendigen Mittel und mehr Zeit sich zu engagieren. Junge Familien kommen meist erst zum Schluss, wenn vieles schon vorbereitet ist. Den Generationenmix offenzuhalten, muss eine Baugruppe durchhalten. Es erhöht das finanzielle Risiko.

Die Baugruppe hat neben der Eigentümergemeinschaft als GbR eine Genossenschaft gegründet, die bezahlbaren und sozial geförderten Wohnraum schafft. Die Kleingenossenschaft mit etwa ein Drittel der Wohnungen wäre durch die Vermietung alleine nicht lebensfähig. Deshalb sind alle Eigentümer in die Genossenschaft eingetreten und übernehmen nicht verzinste Solidaranteile über 250.000 Euro, damit beispielsweise vier Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge errichtet werden können. Die Genossenschaft übernimmt die Hausverwaltung für das ganze Anwesen und schafft sich damit eine zusätzliche Einnahmequelle.

Derartige Hybride von Genossenschaft und Eigentümern sind sehr ungewöhnlich. Sie ecken an vorhandene Vorschriften an. Zunächst forderte die Landesbehörde, die über die Zuschüsse für geförderten Wohnraum entscheidet, einen architektonisch getrennten Eigentümer- und Mieterblock. Das hat die Baugemeinschaft abgelehnt

und sich für eine Durchmischung von Miet- und Eigentumswohnungen entschieden. Ja, sie hat sogar bei den besten Lagen der Genossenschaft zugeschlagen, um sie aus einer möglichen Spekulation der Privateigentümer herauszuhalten. Nach langer Überzeugungsarbeit waren die Behörden derart von dem ungewöhnlichen Mischmodell überzeugt, dass es die Baugruppe auf dem Jahreskongress der Obersten Bayerischen Baubehörden als gelungenes Beispiel vorstellen durfte.

Ein weiterer politischer Streitpunkt betraf die Mobilität. Die Baugruppe wünschte sich reduzierte Autostellplätze in Abweichung von der geltenden Stellplatzsatzung in Verbindung mit einem Carsharingkonzept. Zudem sollen zweihundert Stellplätze für Fahrräder entstehen. Nachbarn wandten sich sofort besorgt an die Stadt, weil sie um das Parkplatzangebot fürchteten. Auch hier löste die Baugruppe kommunalpolitische Diskussionen aus, denn der städtische Parkraum ist so überlastet, dass es letztlich mit einem Weiter-so nicht mehr getan ist. Neue Wege müssen eingeschlagen werden. Etwa ein Drittel der künftigen Bewohnerschaft der Spiegelfabrik hat heute schon kein Auto, ein weiteres Drittel wäre bereit, das Auto mit anderen zu teilen. Das soll nun, gedeckt durch eine politische Experimentierklausel, erstmals in Fürth ausprobiert und evaluiert werden.

Eine andere politische Initiative der Baugruppe richtet sich auf die soziale Öffnung des Wohnprojektes zum Stadtteil. Neben den Flüchtlingswohnungen wird die Lebenshilfe eine Wohngruppe für vier Menschen mit geistiger Behinderung beziehen. Sie erwartet sich von diesem Modell wichtige Erkenntnisse für weitere Wohngemeinschaften, die sie in ‚normalen' Wohnanlagen einrichten will. Ein Handbuch für inklusives Wohnen soll entstehen. So wird die Wohngemeinschaft zum Testfall sozialpolitisch gewünschter Inklusion.

Gemeinsam mit der Lebenshilfe wird die Baugruppe, die neben der Genossenschaft auch einen gemeinnützigen Trägerverein gegründet hat, ein Nachbarschaftsbüro im Erdgeschoss der Anlage betreiben, um sich zum Quartier hin zu öffnen. Dazu werden Lebenshilfe und Stadt Fürth je eine halbe Personalstelle beisteuern, die Baugemeinschaft will sich durch ehrenamtliche Initiativen einbringen. Die Stadt wird die Räume des Quartiersbüros kaufen. Die Gemeinschaft will ihre Gemeinschaftsflächen, zu denen eine Werkstatt, ein Kunstraum und ein Saal auf dem Gelände gehören, für den Stadtteil teilweise öffnen.

Auch hier entsteht wieder kommunalpolitischer Diskussionsbedarf, denn mit diesem und drei weiteren Quartiersbüros wird ein wichtiger Teil der Fürther Sozialpolitik nun sozialräumlich ausgerichtet. Wenigstens in Fürth ein Novum.

Es gibt viele weitere in die Stadtgesellschaft hineinreichende Ideen des Bauprojekts, etwa die Bepflanzung eines Beetes für „Essbare Stadt" unmittelbar vor dem Quartiersbüro, an dem sich Vorübergehende gleichsam durch legalen Mundraub bedienen können. Oder ein gemeinsamer Urban-Gardening-Bereich.

Diese Haltung zum gemeinschaftlichen Teilen setzt sich innerhalb der Baugemeinschaft fort. Sie hat sich mit einem gewissen Augenzwinkern eine Gemeinschaft der „Commonauten" genannt. Commons, also Güter gemeinsam zu besitzen und zu nutzen, ist ihr ein großes Anliegen, aber es gilt dabei, die individuellen Grenzen auszuloten. Immer wieder branden Diskussionen auf: Will man beispielsweise eine gemeinschaftliche Waschküche oder doch lieber eine Waschmaschine in

den eigenen vier Wänden? Einen von allen genutzten Gerätepool, der auch vom umliegenden Stadtteil genutzt werden kann? Welche öffentlichen Flächen sollen gemeinsam bewirtschaftet werden? Commonauten machen das Gemeinsame nicht zur ideologischen Vorgabe, sondern zu einem Forschungsprozess im Reallabor. Wieviel Gemeinschaft wollen alle, vertragen alle? Wo lehnt man Gemeinschaft als Zumutung und Bevormundung ab? All dies muss auch wieder gelernt werden, denn viele haben sich an singularisierte Lebensstile gewöhnt, die ihnen zwar unbehaglich, aber, wie es Gewohnheiten an sich haben, auch nicht einfach abzulegen sind. Commonauten wollen das Gelände zwischen Gemeinschaft und Individualität beherzt, aber ohne vorgegebene Scheuklappen erkunden. So wie die Argonauten der griechischen Sage fahren sie ins Unbekannte und müssen gemeinsam nach Orientierung suchen.

6. Neue Wege der Demokratiestärkung durch Zivilgesellschaft

Wie lässt sich ein derart komplexes Vorhaben demokratisch steuern? Neben Bürgerschaftlichem Engagement setzen alle Beteiligten mehr als ihr Erspartes ein und verschulden sich. Das Projekt ist ein nicht unbedeutendes Sozialunternehmen. Neben der Spannung zwischen Gemeinschaft und Individualität tritt die zusätzliche Spannung zwischen unternehmerischem Handeln und demokratischen Abstimmungsprozessen. Am Bau muss vieles schnell entschieden werden, sonst drohen teure Verzugszinsen. Demokratie braucht hingegen Zeit. Dies kann nur mit einer gut durchdachten organisatorischen Aufstellung gelingen, die es den Mitarbeitenden erlaubt, ihre jeweiligen Talente einzubringen.

Immerhin sind am Wohnprojekt über hundert Menschen beteiligt. Es gibt eine Vollversammlung, die Entscheidungen trifft, aber die Vorbereitungen dazu laufen in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Finanzen, Bau- und Grünplanung, rechtlichen Fragen, Organisationen und Gemeinschaftskonzepten. Die Arbeitsgruppen können je nach Fall gemeinsame Arbeitskreise bilden. Zum Beispiel treffen sich zur Planung der Gemeinschaftsräume Mitglieder der AG Konzept und der AG Bau.

In derartig großen Gruppen zum Konsens zu kommen, ist oft langwierig. Eine gute Streitkultur ist Voraussetzung. Wichtige Entscheidungen werden durch Stimmungsbilder vorbereitet, die Präferenzen sichtbar und diskutierbar machen. Ist aber dann eine Entscheidung gefallen, lässt sie sich nur schwer revidieren, denn die Baugruppe muss für ihre Kooperationspartner verlässlich und berechenbar sein.

Natürlich erfordern Wohnprojekte viel bürgerschaftlichen Einsatz. Es gibt inzwischen viele neue Projekte der Stadtentwicklung, nicht nur im Wohnbau, sondern auch bei der nachhaltigen Vermeidung von Abfall durch Repaircafés und Foodsaving-Initiativen, der Eroberung von Brachflächen durch Gemeinschaftsgärten und vieles mehr. Sie alle sind sehr unterschiedlich. Aber alle eint eine zukunftsfähige Mischung aus zivilgesellschaftlicher Gemeinschaftsbildung, sozialunternehmerischem Pioniergeist und politisch öffentlicher Einmischung. Und sie verbinden diese Anforderungen und die involvierten Menschen durch demokratisch offene Beteiligungsstrukturen.

Das kann tatsächlich Demokratie beleben. Wir brauchen nicht nur Agoren, auf denen Meinungen und Interessen aufeinanderprallen und wieder verflüssigt werden können, sondern neue (Versuchs-)Räume für Gemeinschaftsbildung; nicht nur, um fragwürdige politische Entscheidungen

zu kritisieren, sondern um konstruktiv an neuen Lösungen für das Gemeinwesen zu arbeiten. Neue Kerne von Alltagsdemokratie müssen sich bilden, die über den Bereich der privaten Lebenswelt hinausreichen und in die politische Öffentlichkeit vordringen, so wie ich es exemplarisch am Wohnprojekt Spiegelfabrik in Fürth aufzeigen wollte.

Politik muss das fördern, auch wenn es manchmal unbequem sein kann. Aber auf Dauer wächst dadurch ihre Legitimationsgrundlage. Wir brauchen mehr Räume, in denen wir den politischen Fragen, den Chancen und Grenzen von Gemeinschaften nachgehen können: Soziale und kulturelle Werkstätten, Spielräume für neue Lösungen, Lernräume für neue Gedanken, Reallabore für Bürgerschaftliches Engagement.

„Einst wurden Menschen in Gemeinschaften hineingeboren und mussten ihre Individualität finden. Heute werden Menschen als Individuen geboren und müssen ihre Gemeinschaften finden." (Freiheitsreport der Agentur K-Hole zit. nach Rautenberg 2015: 204) Oder in den Worten eines politischen Klassikers: Eine Vitalisierung der Demokratie zielt auf eine Gesellschaft „in der die Freiheit des Einzelnen Voraussetzung für die Freiheit aller ist." (Marx/Engels)

LITERATUR

- Arendt, Hannah 2011 (urspr. 1983): Das Urteilen. München: Piper.
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dewey, John 1996 (urspr. 1927): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: philo.
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2011: Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp.
- Paine, Thomas 2003 (urspr. 1776): Common Sense, in: ders.: Common Sense, Rights of Man and other Essential Writings of Thomas Paine, New York: signet classics.
- Peters, Bernhard 2007: Der Sinn von Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rautenberg, Hanno 2015: Die Kunst und das gute Leben. Über die Ethik der Ästhetik. Berlin: Suhrkamp.
- Taylor, Charles 2002a: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: ders: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, Frankfurt am Main, S. 11-29: Suhrkamp.
- Taylor, Charles 2002b: Die Beschwörung der Civil Society, In: ders: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie, Frankfurt am Main, S. 64-92: Suhrkamp.
- Sandel, Michael 2015: Moral und Politik. Wie wir das Richtige tun. Berlin: Ullstein.

Der Vortrag beruht auf einem Artikel, der im Forschungsjournal Soziale Bewegungen Heft 1/2 2018 Zukunft der Demokratie, S. 263-279, erschien.

BIRGER HARTNUSS

WORKSHOP „DIGITALISIERUNG“

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei bündelt und vernetzt die mannigfaltigen Ansätze der Engagementförderung der Landesregierung und ist Servicestelle für Vereine, Verbände, Stiftungen, Kommunen und ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Rheinland-Pfalz stellt Birger Hartnuß heraus, dass die Länder eine besondere Verantwortung tragen, zivilgesellschaftliche Organisationen auch bei der Nutzung der digitalen Chancen zu unterstützen. Aus diesem Grunde ist die Stärkung der Zivilgesellschaft ein wichtiger Bestandteil der rheinland-pfälzischen Digitalstrategie.

Die digitale Entwicklung hat die Zivilgesellschaft bereits verändert und bereichert. Neue Organisationen, Initiativen und Projekte haben innovative Akzente gesetzt und ganz neue Formen von Engagement hervorgebracht – Online-Volunteering im Internet, neue Vermittlungs- und Unterstützungsplattformen oder auch Engagement beim Ausbau der digitalen Infrastrukturen. Diese Vorreiter sind wichtig und Motoren der digitalen Entwicklung in der Zivilgesellschaft. Allerdings ist in der öffentlichen Debatte häufig noch der Blick allein auf diese „digitale Avantgarde“ gerichtet. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass längst nicht alle Organisationen auf die Veränderungen der Digitalisierung vorbereitet sind. Viele Vereine, gerade in ländlichen Regionen, müssen sich den digitalen Herausforderungen erst stellen und stehen noch am Anfang notwendiger Veränderungen. Hierbei benötigen sie Unterstützung, Beratung und Begleitung. Bestehende Ängste müssen genommen, Chancen und Möglichkeiten herausgestellt werden. Besonders wichtig ist es dabei, gute und gelingende Beispiele publik zu machen, Austausch und Lernen zu ermöglichen. Dies illustriert Hartnuß an verschiedenen Ansätzen, die in RLP derzeit umgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere ein Ideen-Wettbewerb „Ehrenamt 4.0“, ein digitales Fortbildungsangebot sowie die Vernetzung auf Landesebene.

Ideen-Wettbewerb „Ehrenamt 4.0“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer schreibt seit 2017 jährlich den Ideen-Wettbewerb „Ehrenamt 4.0“ aus.[1] Durch ihn soll sichtbar gemacht werden, wie das Ehrenamt in RLP die digitalen Möglichkeiten bereits nutzt, welche unterschiedlichen Formen und Ansätze es dabei gibt und wie vielleicht auch andere Organisationen und Projekte davon profitieren können. Das Preisgeld beträgt 1.000 €. Die Preisverleihung findet jeweils im Rahmen des landesweiten Digitalforums RLP statt. Insgesamt 10 Preisträger werden für ihre innovativen digitalen Ansätze geehrt.

1 Ausführliche Informationen zum Wettbewerb und den Preisträgern finden sich unter https://wir-tun-was.rlp.de/de/anerkennung/ideenwettbewerb-ehrenamt-40/

Als Beispiel eines Preisträgers nennt Hartnuß das Rheinhessische Salonorchester, das es mit vielfältigen digitalen Ansätzen (in der Vereinsverwaltung, der Vorstandsarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit und sogar den Proben) geschafft hat, den Verein vor der Auflösung zu bewahren und kreativ zu modernisieren.

Weiterbildung

Die Schaffung von passgenauen Angeboten der Qualifizierung ist eine zentrale Aufgabe in der Engagementförderung. Rechtliche Fragen, Herausforderungen der Vereinsentwicklung wie die Gewinnung von Mitgliedern und vor allem von Führungs- und Vorstandspositionen sowie nicht zuletzt der digitalen Entwicklung erfordern neue Angebote und Formate, um die Organisationen der Zivilgesellschaft wirkungsvoll bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen.

Am 2. Februar 2019 fand in Trier der erste regionale Fachtag „Verein und Ehrenamt"[2] statt. Mit diesem neuen Fortbildungsangebot werden aktuelle Herausforderungen im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement aufgegriffen und den Engagierten und ihren Organisationen praxisnahe Unterstützung geboten. Auf dem Programm steht ein umfangreiches Angebot an Informationen, Fachwissen und Erfahrungen in unterschiedlichsten Themenfeldern. In insgesamt acht Workshops werden zentrale Rechtsfragen im Ehrenamt behandelt wie der Versicherungsschutz, das Vereinsrecht, das Spenden- und Steuerrecht und das Stiftungsrecht. Darüber hinaus stehen Herausforderungen der Vereinsentwicklung auf dem Programm. Wie gewinnen Vereine und andere Organisationen Nachwuchs, insbesondere für die zeitintensiven Führungs- und Vorstandspositionen? Wie kann die Vorstandsarbeit so verteilt werden, dass niemand durch das Ehrenamt überfordert wird? Welche Möglichkeiten bietet ein modernes Freiwilligenmanagement? Auch die Chancen der digitalen Entwicklung werden intensiv bearbeitet. Wie können digitale Tools und Instrumente die Vereinsarbeit erleichtern und bereichern? Was ist beim Umgang mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung zu beachten? Und wo finden Engagierte hierbei Hilfe und Unterstützung?

Zusätzlich zu diesen künftig zwei Mal pro Jahr stattfindenden Fachtagen werden die rheinland-pfälzischen Freiwilligenagenturen finanziell unterstützt, wenn sie vor Ort spezielle Fortbildungs- und Unterstützungsangeboten im Bereich der digitalen Entwicklung entwickeln.

Nicht zuletzt gilt es, die bestehenden Angebote der Fort- und Weiterbildungen besser zu vernetzen und für alle Interessierten sichtbar zu machen. Deshalb wird derzeit eine virtuelle Ehrenamtsakademie aufgebaut, die vorhandene Angebote bündelt, vernetzt und neue Angebote bedarfsgerecht entwickelt.

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Effektive Engagementförderung benötigt einen intensiven, bereichsübergreifenden Dialog zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft. Dies soll künftig im neuen Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht werden. Die vielfältigen Herausforderungen im bürgerschaftlichen Engagement, und hierzu gehört zentral auch die Digitalisierung, können weder die zivilgesellschaftlichen Organisationen noch die Landesregierung allein bewältigen.

2 https://wir-tun-was.rlp.de/de/aktuelles/detail/news/detail/News/1-regionaler-fachtag-verein-und-ehrenamt/

Im neuen Landesnetzwerk werden sich Verbände, Organisationen und Zusammenschlüsse aller gesellschaftlichen Bereiche sowie Kirchen, Kommunen und Unternehmerverbände regelmäßig austauschen und gemeinsam mit der Landesregierung Bedarfe und Schwerpunkte der künftigen Engagementförderung beraten. Ziel ist die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und der Ausbau der rheinland-pfälzischen Engagementstrategie. Fragen der digitalen Entwicklung werden hierbei eine wichtige Rolle spielen. Neben dem Austausch von bereichsübergreifenden Erfahrungen und dem gegenseitigen Lernen sollen Impulse des Landesnetzwerks aufgenommen werden, um passgenaue Unterstützungsangebote im Feld der Digitalisierung weiterzuentwickeln.[3]

Birger Hartnuß verweist zudem darauf, dass die digitale Entwicklung auch die Ansätze der Weiterentwicklung der Demokratie durch neue Formen der Bürgerbeteiligung erheblich bereichert habe. So findet heute kein Beteiligungsverfahren mehr ohne Online-Beteiligung statt. Die Verfahren und Methoden haben sich in den vergangenen Jahren erheblich ausgeweitet. Wichtig bleibe dabei aber stets ein guter Methodenmix, bei dem der Dialog im Netz und in Präsenzverfahren gut aufeinander abgestimmt sind. Dies sei bspw. im „jugendforum rlp“ (www.jugendforum.rlp.de), einem offenen und landesweiten Beteiligungsprojekt in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung, gut gelungen.

3 Ausführliche Informationen zum Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement RLP unter https://wir-tun-was.rlp.de/de/im-land/landesnetzwerk/.

JULIA HUDY

WORKSHOP „BILDUNG“

Einleitung

Beim BBE-Länderforum mit dem diesjährigen Schwerpunkt *„Engagement und Demokratie“* für zivilgesellschaftliche Akteure und wichtige Vertreter*innen der Engagementförderung der Länder wurden Fragen der Strategiebildung zum einen für die Netzwerkbildung auf Landesebene und zum anderen für die Engagement-Strategien als politische Rahmen der Förderung freiwilligen Engagements in den jeweiligen Bundesländern diskutiert.

Der Workshop Bildung hatte zum Ziel einen Austausch zu spezifischen Herausforderungen und Bedarfen, aber auch Chancen der beteiligten zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteure, zu erörtern, um Engagement und Partizipation besser zu fördern und damit auch zur Stärkung der Demokratie beizutragen.

Neben der Vorstellung guter Beispiele aus Zivilgesellschaft und Kommunen wurde eruiert, wo wichtige gemeinsame Handlungskorridore staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure auf Landesebene zur Stärkung demokratischen Bürger*innen-Engagements liegen können.

Engagement und Bildung

a. Ein Paar mit vielen Facetten

Engagement – Bildung – Demokratie – eine Dreiecksbeziehung, die es in sich hat, d.h. die viele Facetten beinhaltet und beleuchten kann:

- *Engagementförderung in Bildung*: Welche Orte und Systeme in den Bildungslandschaften können durch veränderte Lehrpläne und passgenaue Angebote gewonnen werden?
- *Engagementförderung durch Bildung*: Wie kann man Demokratiebildung als Querschnittsthema in Lehrpläne etablieren, die für ein Selbstverständnis aller Menschen als partizipierende Bürger*innen der Gesellschaft sorgt?
- *Engagement für Bildung*: Wie und wo kann freiwilliges Engagement für gleichberechtigte Bildungschancen sorgen?
- *Bildung durch Engagement*: Welche Möglichkeiten der Weiterbildung von freiwillig Engagierten gibt es und wie kann ein Lernen von demokratiestärkenden Haltungen und Tätigkeiten durch Engagement stattfinden?
- *Bildung und Engagement*: Welche Zusammenhänge zwischen sozialem/finanziellem Status, Bildungsgrad und Engagementzugängen gibt es und wo müssen Verbindungen geschaffen und Barrieren abgebaut werden, um Engagement für alle zu ermöglichen?

Beim Länderforum wurde dieser Themenkomplex vor allem unter den ersten beiden Gesichtspunkten diskutiert, um möglichst mit konkreten Handlungsempfehlungen weitere Schritte in der Lobbyarbeit gehen zu können.

b. Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Bildungslandschaften

Zu den verschiedenen Blickwinkeln der Beziehungen von Engagement und Bildung gilt es ebenso die Heterogenität der Bildungslandschaften und pädagogischen Konzepte mit in die Überlegungen und Empfehlungen einfließen zu lassen:

- Orte für Demokratiebildung gäbe und gibt es sowohl im formalen Bildungssystem, d.h. in Kindertagesstätten und Kindergärten, in Schulen, Berufsschulen, Fach- und Hochschulen, Universitäten und Museen. Nicht nur die Zielgruppen unterscheiden sich hier sehr voneinander, auch ihre Verwaltungsstrukturen sind meist nicht miteinander verzahnt.
- Im non-formalen Bildungsbereich gibt es die verschiedensten außerschulischen Bildungszentren - von Jugendeinrichtungen bis SeniorInnen-Treffs, gemeinnützigen Organisationen und Häusern des Engagements. Diese sind zwar oftmals gut miteinander vernetzt, haben aber nur einzelne Verbindungen zu den formalen Bildungsinstitutionen.

Neben dem formellen Bildungssystem wird die klassische politische Bildung auch etwa durch Stiftungen oder die Bundeszentrale für politische Bildung vorangebracht; diese Akteure agieren aber weitestgehend autonom von jenen Trägern, die sich bundesweit für Engagementförderung einsetzen. Ebenso gibt es im Feld der non-formalen Bildung jene Träger, die sich dem Globalen Lernen zuordnen, andere zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung, wieder andere zur Menschenrechtsbildung, Demokratiebildung, Civic oder Citizenship Education u.v.m. Sie gehören alle zur politischen Bildung und die verschiedenen Dachmarken und Bildungskonzepte haben selbstredend ihre Berechtigung.

Dennoch bringen die voneinander getrennten Bildungsorte und die unterschiedlichen pädagogischen Definitionen immer auch eine Abgrenzung mit sich, die es im Falle der Frage von umfassenderen Konzepten kohärenter Bildung zur Demokratiestärkung zu betrachten gilt.

Gute Praxis der Engagementförderung und Demokratie-Bildung

Aus den vielen möglichen Vernetzungsorten der Demokratiebildung gab es beim Länderforum zwei Impulse aus der Praxis, die im Workshop Bildung diskutiert und zu weitergehenden Thesen formuliert wurden, die es zukünftig zu bearbeiten gilt.

Zum einen wurde die Studie „Demokratiebildung in Schulen“ sowie das thematisch zugehörige Projekt „jungbewegt“ der Bertelsmann-Stiftung vorgestellt. Zum anderen wurden neue Impulse zur Kooperation mit Hochschulen vom AKTIVOLI-Landesnetzwerk Hamburg e.V. aufgezeigt.

Der Dreiklang zwischen Forschung und Zivilgesellschaft

Mit dem Thema „Bildung und Engagement“ befasst sich das AKTIVOLI-Landesnetzwerk (ALN) auf unterschiedlichen Ebenen. Mit dem Projekt der *AKTIVOLI-FreiwilligenAkademie* unterhalten wir beispielsweise ein Online-Portal, das alle Weiterbildungen für freiwillig Engagierte in Hamburg bündelt.

Das ALN hat sich als Bildungsort der Engagementförderung zunächst auf Fach- und Hochschulen und Universitäten fokussiert. Über Anfragen für Lehraufträge zu Bürgerschaftlichem Engagement (BE) entstanden erste Kontakte zu Hochschulen. Dies wurde als Impuls aufgegriffen, um in einer Projektgruppe daran zu arbei-

ten BE generell in Curricula von Hoch- und Fachschulen zu verankern. Dafür wurde ein Referent*innenpool mit Abfrage von spezifischen Themen für Vorträge und Weiterbildungen generiert; die Vermittlung von Referent*innen war ursprünglich auch als Mittel zur Akquise von Geldern für den neu gegründeten ALN e.V. gedacht. Die Ergebnisse waren Kontakte zu einzelnen Lehrenden, einzelne Veranstaltungen wie Ringvorlesungen oder Blockseminare, jedoch keine Verankerung in Lehrplänen. Insgesamt wurde die angestrebte Kooperation eher ein zähes Unterfangen.

Neue Entwicklungen haben diese Lage schnell stark zum Positiven verändert: Die Universität Hamburg ist seit Mai 2019 Mitglied im ALN und hat sich u.a. der Mitarbeit für das ALN in der BBE AG Zivilgesellschaftsforschung verschrieben. Die Veränderung ergab sich vor allem durch die Formierung des universitätsinternen Netzwerkes *#UHH engagiert – Netzwerk für forschendes Lernen und zivilgesellschaftliches Engagement*. Einzelne Lehrende und wissenschaftliche Mitarbeitende verschiedener Fachbereiche sind nun keine Einzelkämpfer*innen mehr und können Engagementförderung als Element von Demokratiebildung und Service Learning an der Universität zusammen stärker vertreten.

Analog dazu avancierte die vorherige Projektgruppe des ALN zu einem Fachkreis, d.h. auch im Landesnetzwerk fand gleichzeitig durch die Beschäftigung mit den Themen Demokratiestärkung und Engagement gegen Populismus & Menschenfeindlichkeit eine Priorisierung des Themenfeldes statt. Das übergeordnete Thema und Ziel des neuen Fachkreises ist die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements und demokratischer Partizipation junger Menschen in Ausbildung durch die Lehre.

Dies kann auch als *Dreiklang der Engagementförderung in der Lehre* beschrieben werden:

1. Forschung über Zivilgesellschaft

Hier soll es vor allem um die Weitergabe von Erkenntnissen aus Forschung und Lehre an ALN-Mitglieder und weitere gemeinnützige Organisationen für den Transfer in die Praxis gehen. Hier werden bundesweite Diskurse, u.a. die Ergebnisse der Leitfragen der BBE AG Zivilgesellschaftsforschung in Hamburger Diskurse einbezogen und adaptiert:

- Welche praxisrelevanten Fragestellungen können (noch) nicht von der Forschung beantwortet werden? Was wird bearbeitet?
- Welche Zukunftsthemen der Zivilgesellschaftsforschung gibt es?
- Welche Erkenntnisse liefern aktuelle Publikationen zu den Fragestellungen/ Themen der AG?

2. Forschung mit Zivilgesellschaft

Auch wenn es noch viele Schritte zu einer umfassenden Verankerung von BE-Themen in den Curricula der Hamburger Hochschulen sind, gibt es bereits einige Verknüpfungen: Es gibt verschiedene Kurse des Service Learnings im Wahlpflichtbereich und eine Kooperation von gemeinnützigen Organisationen mit BA-Methodenseminaren in den Politik- und Sozialwissenschaften (Evaluationen/ kleinteilige Erhebungen) mit einem Mehrwert für Studierende durch Praxiserfahrung und einem zusätzlichen Erkenntnisgewinn der Initiativen, die oftmals keine Ressourcen für Evaluationen oder strategische Zukunftsplanung haben. Zudem vermittelt das Projektbüro Angewandte Sozialforschung und das Netzwerk #UHH engagiert Forschungspraktika, Bachelor- und Masterarbeiten sowie Forschungsprojekte.

3. Engagement von Studierenden (und Lehrenden)

Dieser Punkt umfasst einige Einsichten aus den ersten Bemühungen unserer Kooperationen:

- Die Lehre muss für den Umgang mit dem Thema BE gut vorbereitet werden, d.h. dies impliziert die Lehrenden, aber auch die Verwaltung und die Dekanate. Hier geht es vor allem um die Inhalte und Zusammenhänge von Demokratiestärkung, Service Learning und Zivilgesellschaftsforschung.
- Die Verankerung des Themas muss je nach Hochschuleinrichtung spezifisch angeschaut und die Brückenköpfe für die Implementierung von BE in Curricula von innen ausfindig gemacht werden.
- Ein wichtiger Aspekt wird zudem der Austausch mit Studierenden über ihre Bedarfe für freiwilliges Engagement sein, um der Engagementlücke junger Menschen nach dem Schulabschluss entgegenzuwirken und sie weiter in der Ausbildung zu mündigen Bürger*innen zu stärken. Der Einbezug von Studierenden in den Fachkreis Forschung und Lehre ist ein erster Schritt für Partizipation auf Augenhöhe.

Dieser Dreiklang soll zu einem besseren Wissenstransfer in beide Richtungen beitragen:

BE soll als wichtiges Thema in Forschung und Lehre vorangebracht werden und nicht im Transdisziplinären verschwinden. Wichtige Erkenntnisse aus Forschung und Lehre sollen andererseits besser in die Praxis des BE zurückfließen, z.B. in der Überprüfung der Passfähigkeit von Engagementformen mit Analysen von Angeboten und Bedarfen.

Das erste gemeinsame Projekt, welches auch Vertreter*innen weiterer Fach- und Hochschulen in Hamburg einbeziehen wird, soll ein mehrtägiges Transfer-Festival im Sommer 2020 sein. Dieses hat zum Ziel den Wissenstransfer in beide Richtungen zu fördern, verschiedene Gruppen aus Zivilgesellschaft und Hoch-/Fachschulen zusammenzubringen und mehr Studierende und Lehrende sowie die Verwaltung und Dekane für BE zu begeistern.

Diese neue fruchtbare Kooperation des ALN und des #UHH engagiert-Netzwerks zeigt, dass Vernetzung weit mehr sein kann als Wissensaustausch, da gebündeltes Wissen Synergien schafft, die Freiräume und Energie für neue Ideen und Formate überhaupt erst zulassen.

Ergebnisse und Handlungskorridore

Durch den Austausch über die oben beschriebenen Beispiele wurden von den Teilnehmenden folgende Thesen entwickelt und Handlungsempfehlungen formuliert:

- Es wird angeregt eine Gesamtstrategie für eine umfassendere Demokratiebildung und Engagementförderung mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommunen, Pädagog*innen und Vertreter*innen der Zielgruppen zu entwickeln. Gute Fachdiskussionen aus Zivilgesellschaft und Kommunen führen zu einer besseren Sprachfähigkeit gegenüber der Politik, die dann in einem zweiten Schritt miteinbezogen werden soll.
- Ganzheitliche Bildung impliziert nicht allein die Wissensvermittlung, sondern stellt das Individuum in den Kontext von Gesellschaft. Diese Konzeption soll in Aus-, Fort- und Weiterbildung wiederbelebt werden, um eine Verzahnung zwischen den verschiedenen

Institutionen des formalen Bildungssystems sowie zwischen formalem und non-formalem Bildungssektor zu erwirken.

- Ein solches „Curriculum der Zukunft“ ist auch ein Plädoyer für ein anderes methodisches wie inhaltliches Bildungsverständnis: Es gilt bestehende Diskurse und Pädagogikverständnisse zu verbinden, wie z.B. Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit, Engagement und Demokratie. Die Gefahr geringer Fokussierung durch überlagernde Diskurse darf dabei keinesfalls einer Profilbildung einzelner Bildungsbereiche entgegenstehen; vielmehr soll durch die Sichtbarmachung gemeinsamer Querschnittsthemen verschiedener Fächer und pädagogischen Konzepte die Vielfalt der Arbeitskreise und Gremien reduziert werden. Diese Synergien können im besten Falle dazu führen die oftmals fehlende Rückkopplung zwischen den Organisationen zu befördern und neue Verbindungen aufzubauen, statt dieselben Fragestellungen in vielen Gremien immer wieder zu bearbeiten.
- Um diese neuen Verbindungen zu knüpfen, muss eine neue Kooperationskultur geschaffen werden, indem die Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Landesnetzwerken o.ä. selbstverständlicher wird und beide Seiten aktiv an einer Vernetzung partizipieren. Die Offenheit für Kooperation ist seitens vieler Schulen und Hochschulen vorhanden, jedoch muss Demokratiebildung oder Citizenship Education integraler Bestandteil des Fachunterrichts werden; solange Lehrende dies zusätzlich zu ihrem Unterrichtsstoff vermitteln müssen, hängt es allein vom ehrenamtlichen Einsatz der Lehrer*innen ab, ob Demokratiebildung vermittelt wird oder nicht.
- Darüber hinaus braucht es eine größere Ressourcenausstattung für transdisziplinären Wissenstransfer; Zivilgesellschaftsforschung, Citizen Science und Service Learning sind nicht allein wichtig für die Erziehung zu mündigen Bürger*innen, sie bieten ebenso Berufsorientierung und Praxiswissen sowie soziale Kompetenzen u.v.m.. Um das Gelernte und die eigene Rolle adäquat reflektieren zu können, braucht es mehr wo(man)power in der pädagogischen Begleitung.
- Ein ebenfalls wichtiger Aspekt für die Integration von BE-Themen in Curricula ist die Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitenden. Diese sind Dreh- und Angelpunkt der Umsetzung, sowohl in der Erstellung von Semesterplänen als auch in der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung in Fragen der Engagementförderung. Die Voraussetzung für gute Beteiligung von Bürger*innen ist also, die Verwaltung für Bürgerbeteiligung „fit zu machen“. Auch Schulleitungen und Hochschuldekane müssen ins Boot geholt werden, um die nachhaltige Verankerung von BE-Themen in Lehrplänen zu gewährleisten.
- Um Teilhabe für alle zu ermöglichen und soziale Spaltung zu überwinden, müssen zudem neue Wege für Benachteiligte eingeschlagen werden. Die Bildungslandschaft orientiert sich am Mittelstand und ihren Kapazitäten. Jedoch sollte gerade für Menschen, die von Armut und sozialem Ausschluss gefährdet oder betroffen sind, zuvorderst über Möglichkeiten der Partizipation im Sinne eines Empowerments die Möglichkeit geschaffen werden, diese Gefahren durch Solidarität und Zugehörigkeit zur Gemeinschaft zu minimieren.
- Zu guter Letzt ist es ratsam im eigenen Kontext bereits in der Praxis

mit kleinen Modulen und Projekten zu beginnen, wie beispielsweise mit Schulpraktika im Engagement oder einzelnen Seminaren an Hochschulen mit Zivilgesellschaft: Gute Praxis überzeugt im Sinne des bottom-up Prinzips die grundlegende Umgestaltung von Lehrplänen zu ganzheitlich gedachten Bildungskonzepten der Demokratiebildung.

NICOLE KAUTZ

WORKSHOP „VIELFALT“

Einleitung

Die Vielfalt der Menschen bestimmt die Vielfalt unserer Perspektiven, Gedanken, Erkenntnisse und Entwicklungen, welche die Innovationen in der Zivilgesellschaft sowie in der Engagementpolitik vorantreibt. Die Einnahme der Vielfaltsperspektive ermöglicht im wahrsten Sinne des Wortes vielfältige Zugänge und unterschiedliche Sichtweisen von Menschen und ihren Lebensformen. Seit der Gründung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement im Jahr 2002 ist das Netzwerk von einem Selbstverständnis geprägt, die Bedeutung von Engagement, Zivilgesellschaft und Partizipation im Rahmen der repräsentativen Demokratie und Gleichstellung in einer immer vielfältiger werdenden Gesellschaft wachsen zulassen.

Das diesjährige BBE-Länderforum in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin beschäftigte sich auf Länderebene mit dem Schwerpunkt Engagement und Demokratie. Intensiviert wurde der Diskurs unter anderem im Workshop „Vielfalt“. Anhand folgender Fragen wurden sowohl politisch-strategische Thesen und Orientierungen erarbeitet, wie Engagement und Demokratie gefördert als auch die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen intensiviert werden kann, um Vielfalt zu gestalten, Partizipation zukunftsorientiert zu fördern und Identitäten zu entwickeln:

- Welche Impulse brauchen wir für ein Engagement in Vielfalt?
- Wie müssen Engagementstrukturen gestaltet sein, dass Vielfalt realisiert werden kann?
- Welche Best-Practice-Beispiele gibt es bereits und was können wir voneinander lernen?

Vielfalt (Diversity) – Was ist das?

Der Begriff Vielfalt (engl. Diversity) ist auch im deutschsprachigen Diskurs, d.h. in der Wissenschaft, in gesellschaftlichen Zusammenhängen, im Bildungs- und Arbeitsbereich oder im Non-Profit-Sektor in aller Munde.

Vielfalt bzw. Diversity steht für die Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit von Lebensentwürfen, die eine Gesellschaft charakterisiert und meint die Unterschiedlichkeit, die aus der Vielfalt von Menschen entsteht. Das Konzept begreift Vielfalt als etwas Positives, in dem ein hohes Entwicklungspotential für die Demokratie und dem Engagement in der Zivilgesellschaft liegt (Czollek, Perko, Kaszner, Czollek 2019).

Der Vielfaltsansatz trägt damit der zivilgesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, die geprägt ist von heterogenen Milieus und kollektiven und individuellen Identitätsentwürfen. Diese Tendenzen spiegeln sich auch im bürgerschaftlichen Engagement immer deutlicher wider (Stiftung SPI 2011).

Entsprechend bedeutet Vielfalt im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements die Wahrnehmung, Sichtbarkeit, Berücksichtigung und Wertschätzung aller Menschen unabhängig ihrer sozialen, ethnischen oder kulturellen Herkunft, ihrem sozialen oder biologischen Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, ihrem Lebensalter oder ihrer physischen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigung. Diese werden auch als Kerndimensionen von Vielfalt bezeichnet. Aber auch das Bewusstsein und die Sensibilisierung für Diskriminierungen, Benachteiligungen sowie der Infragestellung zugrundeliegender kultureller Normsetzungen und Hierarchien bedeutet Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement (Stiftung SPI 2011).

Je nach Situation und Kontext können weitere Dimensionen von Vielfalt bedeutsam werden wie die persönliche Situation (Einkommensverhältnisse, Mobilität, sozioökonomischer Situation), Bildung/ Ausbildung, etc. Zu beachten ist immer, dass die Vielfaltsdimensionen nicht getrennt nebeneinander stehen. Vielmehr greifen sie intersektional ineinander bzw. überlagern sich. Insgesamt charakterisieren all diese Vielfalts-Dimensionen eine moderne Zivilgesellschaft und bereichern diese in ihrer Vielfalt (Karakaşoğlu 2013).

Überdies beschreibt Vielfalt eine Denkhaltung, die durch ein erhöhtes Bewusstsein für die vielfältigen Unterschiede und ihren Einfluss auf unser Miteinander in der Gesellschaft gekennzeichnet ist (Czollek, Perko, Kaszner, Czollek 2019). Dabei geht es nicht nur um den Umgang mit Differenz und Unterschiedlichkeit von Menschen und ihren Lebensentwürfen (Werte und Einstellungen), sondern auch um die Entdeckung von Gemeinsamkeiten, Verbindendes sowie Unterschiedliches. Beispielsweise haben Menschen Gemeinsamkeiten, aber gleichzeitig unterscheiden sie sich in zahlreichen Aspekten voneinander; können Menschen verschiedene Weltanschauungen haben, aber im gleichen Alter sein oder gleiche körperliche Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen haben (Czollek, Perko, Kaszner, Czollek 2019).

Diese Vielfalt muss von Organisationen, Zivilgesellschaft und Individuen erkannt werden, um sie als Chance zu nutzen und als Potential zu begreifen. Dafür müssen zunächst eigene oder institutionelle Denk- und Verhaltensweisen ins Bewusstsein rücken, ggf. überdacht oder geändert werden. Regine Bendel, Professorin und Leiterin des Instituts für Gender und Diversität in Organisationen fasst dies in folgendem Satz adäquat zusammen: „Diversity is not about the others – it is about you“ (zitiert nach Bendel 2004). Ihre Aussage beinhaltet eine starke Selbstreflexion sowie die Auseinandersetzung im Umgang mit „anderen“, wobei „anderen“ schnell zu einer Zuschreibung werden kann, die meist aus der Perspektive der Mehrheit vorgenommen und oft von den als „anders“ Bezeichneten nicht geteilt wird. In Abwandlung eines bekannten Zitats von Simone de Beauvoir ließe sich sagen: „Menschen werden nicht als Andere geboren, sondern dazu gemacht“ (zitiert nach Stiftung SPI 2011).

Auch im Rahmen des BBE-Länderforums ist es zentral, dass sich die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen mit dem Ansatz von Wertschätzung und Unterschiedlichkeit auseinandersetzen und sich den Fragen stellen:

- Welche Grundeinstellung habe ich zu Unterschiedlichkeit?
- Wie geht die Organisation/der Verband auf Menschen in ihrer Vielfalt zu?

Das Führen dieser Auseinandersetzung wird im Rahmen der Weiterentwicklung

der Zivilgesellschaft sowie der zunehmenden antifeministischen und völkischen Einstellungen bei einem immer größer werdenden Teil in der Bevölkerung notwendiger denn je.

Arbeit im Workshop „Vielfalt“: Vielfalt als Chance wahrnehmen, fördern und konstruktiv gestalten

Nach einem einleitenden Impulsreferat in die Workshop-Thematik von Nicole Kautz, BAG SELBSTHILFE e.V. und Themenpatin für Gendergerechtigkeit im BBE, und der daran anschließenden Vorstellung der Teilnehmenden wurde entlang folgender Leitfragen das Thema „Vielfalt“ im Zusammenhang von Demokratie und Engagement diskutiert:

- Frage 1: Welche Impulse brauchen wir für ein Engagement in Vielfalt?
- Frage 2: Wie müssen Engagementstrukturen gestaltet sein, sodass Vielfalt realisiert werden kann?
- Frage 3: Welche Best-Practice-Beispiele gibt es bereits bei beteiligten zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteur*innen und was können wir voneinander lernen?

Frage 1: Welche Impulse brauchen wir für ein Engagement in Vielfalt?

- *Impuls: Perspektivwechsel und Vielfaltsdiskurse*

Insbesondere die Frage nach neuen Impulsen für ein Engagement in Vielfalt zur Stärkung des Engagements und der Demokratie zeigt, dass ein Perspektivwechsel in der Engagementkultur notwendig ist. Hierzu zählen:

- Auseinandersetzungen und Vielfaltsdiskurse, die eng verknüpft sein müssen, mit den Fragen zur Organisationskultur (kulturelles Setting der Organisation),
- Durchbrechen von Normen, Werten und Ritualen,
- Definitions- bzw. Deutungsmacht in einer Organisation.

Hierin liegt zugleich die spezifische Herausforderung – Führung von Debatten über Zugänge, Ressourcen und Privilegien im Engagementbereich, um Partizipation und Teilhabe für alle Engagierten am gesellschaftlichen Leben sowie eine selbstbestimmte Entfaltung zu ermöglichen. Zunächst muss die individuelle und organisatorische Fähigkeit zur Selbstreflexion und zum Perspektivwechsel erweitert werden, d.h. die Fähigkeit sich in andere Personen und ihre Lebensumstände hineinzuversetzen und diese zu verstehen Mit anderen Worten: Selbstreflexion im Hinblick auf das kritische Hinterfragen der eigenen Normalitätsvorstellungen muss gefördert werden. Dies schafft wiederum Raum für Sensibilität und Wertschätzen von Vielfalt (Buttkewitz, Kastell, Eichler-Löbemann 2018).

- *Impuls: Geschlechterrollen vs. Hierarchien (Verantwortungs- und Arbeitsformen)*

Ein weiterer Impuls, welcher im Workshop herausgearbeitet wurde, umfasst das Verhältnis von Geschlechterrollen und existierenden Hierarchien.

Hierbei ist die Auflösung von Hierarchien, Geschlechterrollen und Privilegien im Arbeitsprozess/Arbeitsformen ein zentraler Moment, um ein Engagieren auf Augenhöhe entwickeln zu können.

Die bisherigen existierenden Machtverhältnisse in den Arbeitsstrukturen von Organisationen haben starken Einfluss auf die eigene Identität sowie auf die eigene

Organisationsentwicklung. Wenn einer Personengruppe Privilegien oder Hierarchien entzogen werden, können auch die Ursachen für Benachteiligungen beseitigt werden. Dies ist ein Moment der Chance für alle Akteur*innen. Insofern beinhalten die Vielfaltsdebatten ferner herrschaftskritische Dimensionen bezüglich der strukturellen Machtverhältnisse und ihr Einfluss auf die Identität, das Engagement und die Stärkung der Demokratie (Karakaşoğlu 2013).

Ein erster Schritt könnte ein organisatorischer Blick auf flexible Arbeitsformen sein, die den Lebensentwürfen der Engagierten gerecht wird. Wie die Verbesserung der Vereinbarkeit zwischen Engagement und Familien- und Pflegezeiten, Reduzierung der Auswirkungen geschlechterspezifischer Arbeitsteilung in Lebensbereichen wie Familie und Beruf auf das bürgerschaftliche Engagement.

➢ *Impuls: Partizipation*

Weiterhin wurden die erforderlichen Voraussetzungen und Formen für Partizipation diskutiert. Mit der Anerkennung und Respektierung von Vielfalt müssen zugleich Aufgaben, Teilhabe- und Beteiligungschancen neu gedacht werden. Im Rahmen jenes Prozesses entstehen für bisher unterrepräsentierte Gruppen verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Chancengleichheit bei Besetzungs- und Entscheidungsprozessen, Gremien und Arbeitsgruppen, Tagungen, etc. (Fager 2006). In Folge dessen wird sich die Mitwirkung beispielsweise von Frauen an Entscheidungsprozessen im Engagementbereich erhöhen oder eine vielfältigere Zusammensetzung bei der Ausgestaltung von Tagungen/Veranstaltungen entstehen. Die Einbindung betroffener Gruppen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen zeichnete sich im Workshop als wertvolle Ressource für die Beteiligung oder Übernahme von Aufgaben ab.

Partizipation beinhaltet zugleich auch Aspekte wie Zugänglichkeit und Barrierefreiheit. Hierzu zählen neben den baulichen (der Zugänglichkeit von Veranstaltungen, Gebäuden oder Service-Angeboten) auch die kommunikativen Aspekte. So sollte die schriftliche wie mündliche Kommunikation barrierefrei und teilhabeorientiert sein (barrierefreie/Leichte Sprache und mehrsprachige Gestaltung von Dokumenten, Informationsmaterialien, Webpräsenz) sowie diskriminierungsfrei, gendersensibel und inklusiv (Buttkewitz, Kastell, Eichler-Löbemann 2018).

Frage 2: Wie müssen Engagementstrukturen gestaltet sein, dass Vielfalt im bürgerschaftlichen Engagement realisiert werden kann?

Um Vielfalt zu realisieren sind partizipative und barrierefreie Engagementstrukturen von entscheidender Bedeutung. Folgende Aspekte sollten Beachtung finden:

- Wissenstransfer (insbesondere bei der Übernahme von Führungsaufgaben),
- Transparenz von Aufgaben,
- Teilung von Verantwortung,
- Abkehr vom personenbezogenen Arbeiten und Handeln,
- Barrierefreie Informationen und Kommunikation,
- Willkommenskultur,
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflege und bürgerschaftlichem Engagement,
- Kooperationen und Netzwerke.

Mit Unterstützung dieser partizipativen und barrierefreien Engagementstrukturen können gemeinsame Handlungskorridore staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen effektiver genutzt oder entwickelt werden.

Zur Überprüfung inwieweit Vielfalt in der Organisationskultur sowie in den strukturellen Rahmenbedingungen greifen, müssen pragmatische Methoden zur Messung eingeführt werden. Ein Controlling-Instrument könnte ein Vielfaltsbericht anhand der Diversity-Dimensionen sein.

*Frage 3: Welche Best-Practice-Beispiele gibt es bereits bei beteiligten zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteur*innen und was können wir voneinander lernen?*

Folgende gute Beispiele im Bereich der Zivilgesellschaft und im Bereich der politisch-administrativen Akteur*innen konnten im Rahmen des Workshops bestimmt werden. Alle Beispiele beinhalten bereits einen Perspektivwechsel oder neue Ansätze für Engagementstrukturen:

- SRUM-Projektmanagement-Methode
  - ermöglicht ein agiles und flexibles Arbeiten innerhalb von Projektteams,
  - Hierarchien werden durch die Übernahme von Rollen aufgelöst.

- Intelligente Nutzung von digitalen Möglichkeiten
  - ermöglicht Teilhabe/Partizipation und Barrierefreiheit.

- Ferienfreizeit für benachteiligte Kinder – Ausbau von Beteiligungs- und Engagementformen für junge Menschen
  - Einbindung besonderer Gruppen, Einbeziehung der Vielfaltsdimension Bildung.

Workshop-Fazit

Alle Teilnehmer*innen aus dem Workshop „Vielfalt“ betonten, dass ein Umsetzen von Vielfalt im Bereich Engagement und Demokratie bedeutet, sowohl die gesellschaftlichen, strukturellen und kulturellen Verhältnisse als auch die Positionen von jedem Einzelnen wahrzunehmen, zu thematisieren und zu reflektieren (Reflexionsprozess – Selbstreflexion). Erst aus dem Bewusstsein heraus entwickelt sich eine Wertschätzung für sich und andere, entstehen neue Ideen, Perspektiven und Chancengleichheit (Buttkewitz, Kastell, Eichler-Löbemann 2018).

Konkordanz bestand darin, dass ein sog. Vielfalts-Management als Gemeinschafts-, Führungs- und Querschnittsaufgabe verstanden wird, das auf allen Verantwortungs- und Handlungsfeldern in zivilgesellschaftlichen Organisationen stattfinden muss. Im Rahmen jenes Vielfalts-Managements beinhaltet Vielfalt positive Aspekte, in dem ein hohes Potential für gesellschaftliche, ökonomische und demokratische Handlungen liegt (Buttkewitz, Kastell, Eichler-Löbemann 2018).

Die geführten Diskurse im Workshop zeigten den notwendigen und dringenden Handlungsbedarf von Vereinen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und politisch-administrativen Akteur*innen sich den Vielfaltsdiskursen zu öffnen, um zur Stärkung der Demokratie beizutragen. Dies beinhaltet auch eine konstruktive Weiterentwicklung von kulturellen Denk- und Handlungsweisen sowie Rahmenbedingungen der zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Organisationslandschaft, mit dem Ziel die Auswirkungen von Entscheidungen und Verfahren in Bezug zu den Lebensrealitäten zu setzen und diese zu berücksichtigen (Einnahme der Betroffenperspektive). Um letztendlich eine Haltung zu entwickeln, die Vielfalt als gesellschaftliche Realität anerkennt, unterschiedlicheBedarfe beachtet sowie Achtsamkeit/Sensibilisierung gegenüber Diskriminierung und Benachteiligung enthält.

LITERATUR

- Buttkewitz, Uta/ Kastell, Kirstin/ Eichler-Löbemann (2018): Leitlinien für das Vielfaltsmanagement der Universität Rostock, Rostock
- Leah Carola Czollek, Gudrun Perko, Corinne Kaszner, Max Czollek (2019): Praxishandbuch Social Justice und Diversity: Theorien – Training – Methoden (vollständig überarbeitete und erweiterte 2. Auflage), Weinheim
- Fager, Sangeeta (2006): Ein Überblick über Definitionen und Umsetzungsbeispiele, Heinrich Böll Stiftung, Heimatkunde, Migrationspolitische Portal, (Online Stand: 08.07.2019)
- Karakaşoğlu, Yasmin (2013): „Diversity: Vielfalt als Chance erkennen, fördern und gestalten“, Grundlage der Diversity-Strategie der Universität Bremen, Bremen
- Stiftung SPI (2011): Vielfalt Gestaltet, Handreichung zu Diversity in Schule und Berufsvorbereitung, Berlin

SUSANNE DIEMER / ROSA GEIGER-WAHL

ENGAGEMENTSTRATEGIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Engagementstrategie Baden-Württemberg hat bereits mehrere Prozessphasen durchlaufen:

1. Phase 2012 – 2014: Beteiligungsprozess und Öffentlichkeitsarbeit
2. Phase 2015 – 2016: Erste Umsetzungsschritte / „Repositionierungen“
3. Phase seit 2017: Weiterentwicklung und neue Umsetzungsformate

Um die aktuelle Phase (ab 2017) zu verstehen, ist unseres Erachtens eine Rückschau auf den Beginn des Prozesses in Baden – Württemberg wichtig.

1. Phase 2012 – 2014: Beteiligungsprozess und Öffentlichkeitsarbeit

Die Engagementstrategie Baden-Württemberg basiert auf einer Idee des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (LNBE), in dem relevante Akteure des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg zusammenarbeiten. Der eigentliche Startschuss erfolgte 2012 in Form eines Kabinettsbeschlusses, mit dem das Sozialministerium beauftragt wurde, eine Engagementstrategie gemeinsam mit dem LNBE und weiteren Partnern im Land zu entwickeln. Damit war die politische Legitimation für den Prozess gegeben. Vor dem Hintergrund, dass in Baden-Württemberg das Thema „Bürgerbeteiligung“ seit 2011 auf Landesebene einen besonders hohen Stellenwert hat, ist es nicht überraschend, dass sich der Fokus bei der Erarbeitung der Engagementstrategie auf das Beteiligungsverfahren, flankiert durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit, richtete.[1]

Die Erarbeitung, aber auch die Umsetzung, wurde als mehrjähriger landesweiter Beteiligungsprozess konzipiert (vgl. hierzu auch BBE-Newsletter 16/2014[2]). Die Arbeit fand in offenen Arbeitsgruppen, sog. Forschungs- und Entwicklungsteams (FETs), statt, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Verwaltung, von Verbänden und der Wissenschaft zusammensetzten. Bearbeitet wurden die Themen „Engagement in einer Gesellschaft der Vielfalt“, „Pflege und Engagement“, „Alter und Engagement“, „Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“, „Jugend und Freiwilligendienste“ und „CSR – unternehmerisches gesellschaftliches Engagement“.[3]

1 Unser Beitrag bezieht sich im engeren Sinne auf die Engagementstrategie BW. Strukturelle Rahmenbedingungen, wie die Bezüge zur Arbeit der Stabstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung sowie zum Thema Quartier 2020, zu denen enge Arbeitsbeziehungen bestehen, werden an dieser Stelle nicht thematisiert.

2 https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/09/NL16_Gastbeitrag_Ross_Deiss_Postel.pdf

3 CSR spielte insofern eine Sonderrolle als es fachlich im Wirtschaftsministerium bereits fest etabliert war. Die enge Anbindung an die Verwaltungsebene war damit im Prozess gegeben. Die Empfehlungen spiegelten so auch bereits fachlich und politisch abgestimmte Positionen, was eine reibungslose Umsetzung erleichterte. Der Themenbereich „Gesellschaft der Vielfalt“ ressortierte 2011 bis 2016 im Integrationsministerium,

Betont wurde, dass die Themen nicht abschließend, sondern als Auftakt zu verstehen seien.

Kennzeichnend war, dass die erste Themenwahl sich bis auf CSR an den klassischen Politikfeldern orientierte, die im Sozialministerium bearbeitet werden und ihre je eigenen, historisch gewachsenen Beteiligungsstrukturen (Räte, Interessenvertretungen, usw.) haben. Die Zusammensetzung der FETs löste sich bewusst von dieser Struktur und war offen angelegt. Dies wurde beim Start als positives Merkmal der ES herausgearbeitet, erwies sich in der Folge jedoch als Hindernis bei der Umsetzung.

Ergebnis dieses arbeitsintensiven Prozesses sind 141 heterogene, zum Teil sehr detaillierte Handlungsempfehlungen für alle bearbeiteten Themenfelder mit unterschiedlichen Adressaten (Bund, Land, Kommunen, Verbände, Zivilgesellschaft), die vollständig dokumentiert sind.[4] Das Beteiligungsverfahren war damit abgeschlossen. Von da an bestand keine unmittelbare Kohärenz mehr zwischen dem Beteiligungsverfahren einerseits und den Prozessen in Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft andererseits. Das Verfahren hatte eine Eigendynamik entwickelt. Obwohl im Prozess der Erarbeitung der Handlungsempfehlungen immer wieder betont worden war, dass es keinen Anspruch auf vollständige Umsetzung gibt, knüpften die beteiligten Akteurinnen und Akteure an die mit großem Einsatz erarbeiteten Empfehlungen verständlicherweise hohe Erwartungen. Gleichzeitig wurde versucht, die Engagementstrategie insgesamt aufrecht zu erhalten und einen politisch und fachlich akzeptablen Umgang mit den Ergebnissen, insbesondere mit den Handlungsempfehlungen, zu finden, die parallel zu den vorhandenen fachlichen Diskursen und Strukturen existierten.

Im April 2014 befasste sich das Kabinett erneut mit der Engagementstrategie und deren Ergebnisvielfalt. Diese wurden zur Kenntnis genommen. Beschlossen wurde eine komprimierte Fassung der Empfehlungen als Umsetzungsschritte der Landesregierung.[5] Konkrete Vorgehensweisen der Umsetzung, die in der „Langfassung“ noch enthalten waren, wurden in dieser komprimierten Beschlussfassung nicht mehr erwähnt. Das Sozialministerium erhielt innerhalb der Landesregierung die Koordinierungsrolle. Im Juni 2014 fand eine Auftaktveranstaltung statt, in der der bisherige Prozess und dessen Ergebnisse präsentiert wurden und die als „Startschuss“ für die Umsetzung geplant war.[6]

Der Schwung, den das Beschreiten neuer Wege mit sich bringt, und der Konsens der Beteiligten hatten in der ersten Phase wichtige Impulse für das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg gesetzt. In dieser Situation fand der Übergang zu einer nächsten Phase statt.

2. Phase 2015 – 2016: Erste Umsetzungsschritte / „Repositionierungen“

Auf Arbeitsebene, aber nicht mehr flankiert durch die Akteure der FETs, begannen erste Umsetzungsschritte. Beispiel-

seit dem Regierungswechsel 2016, wie alle übrigen Themen der FETs außer CSR, im Ministerium für Soziales und Integration.

4 https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_B%C3%BCrgerengagement/Engagementstrategie_BW_2014.pdf

5 https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_B%C3%BCrgerengagement/Umsetzungsschritte_Engagementstrategie.pdf

6 Die Erarbeitung der ES, die Auftaktveranstaltung und das Programm „Gemeinsam sind wir bunt“ wurden mit Projektmittel der Baden-Württemberg Stiftung realisiert.

haft zu nennen sind das Programm „Gemeinsam sind wir bunt“, die Erfolge beim Bildungszeitgesetz, das eine Freistellung für Qualifizierung im Ehrenamt beinhaltet, Qualitätssicherung im FSJ, die Vergabe einer Studie zu Qualifizierungsbedarfen im Engagement und vieles andere mehr. Die Schritte, die erfolgten, sind beachtliche Erfolge der Engagementpolitik. Ob sie aber unmittelbarer Ausfluss und Ergebnis der Engagementstrategie waren, kann hinterfragt werden und müsste fachlich für jedes FET und jede Maßnahme im Einzelnen betrachtet werden.

Gleichzeitig begann die Kritik an der konkreten Umsetzung. Die „Mühen der Ebene“ hatten begonnen (vgl. BBE-Newsletter 19/2015[7]). Interessant ist, dass der „dämpfende Eindruck von Stillstand“, den der Autor konstatiert, auf der Blaupause einer „Skepsis der Verwaltung gegenüber den Ergebnissen“ interpretiert wird. Zu fragen ist, ob die Ursachen hierfür nicht vielmehr in der Strategie und dem Prozess selbst gesucht werden müssen. Dies zu erörtern würde den Rahmen an dieser Stelle sprengen, soll aber zumindest stichwortartig in die Diskussion anlässlich des Länderforums eingebracht werden.

Zu fragen wäre auch, welche Rolle die Offenheit und damit die geringe Berücksichtigung des jeweils vorhandenen fachlichen und strukturellen Settings in der Zusammensetzung der FETs und das relativ späte Einholen der erforderlichen Zustimmungen für das weitere Vorgehen spielten.

Der Fokus hatte sich in der ersten Phase klar auf Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit gerichtet, nicht aber auf den Gesamtprozess der Engagementstrategie und damit die Methode der Zielerreichung.

7 https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/09/newsletter-19-ross.pdf

In der zweiten Phase verfestigten sich tradierte Rollen wieder. Einige Akteure sahen sich selbst nicht (mehr) in erster Linie in der Gesamtverantwortung für alle Themenfelder, sondern artikulierten für „ihre“ FETs die Forderung nach Umsetzung der Empfehlungen gegenüber dem Land.

Das große Plus der Engagementstrategie in der ersten Phase, eine Gesamtverantwortung der Beteiligten, löste sich auf. Der klassische themen- und gruppenzentrierte Lobbyismus, der (berechtigte und auch andernorts vorgetragene) Interessen einzelner Gruppen in den Vordergrund stellt, gefährdete die gemeinsame Verantwortung. Dabei drohte die Engagementpolitik gleichzeitig ihren eigenen Kern, ihr Profil zu verlieren und wurde zum Austragungsort für die diversen Fachpolitiken. In der Rückschau kann diese Phase als „Repositionierung“ skizziert werden.[8]

3. Phase seit 2017: Weiterentwicklung und neue Umsetzungsformate

Die dritte Phase, in der wir uns gerade befinden, lässt sich als Versuch bezeichnen, an den fachlichen Überlegungen und Intentionen der Engagementstrategie in der ersten Phase anzuknüpfen. Diese wurden in einem intensiven Arbeitsprozess gemeinsam mit den Mitgliedern der Koordinierungsgruppe (Beratungsgremium innerhalb des LNBE) aus den bisherigen Diskussionen und Prozessen neu „herausgeschält“. Gleichzeitig soll der Schwerpunkt auf konkreten Bausteinen liegen, mit denen die Ziele der Engagementstrategie erreicht werden können.

8 Der Bericht zur Entwicklung der ES im Februar 2016, der dem Kabinett auftragsgemäß vorgelegt wurde, liest sich so auch wie eine klassische summarische Bestandsaufnahme bestehender Aktivtäten, wogegen sich zu Beginn der ES noch ausdrücklich verwahrt wurde (BBE-Newsletter 16/2014: https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/09/NL16_Gastbeitrag_Ross_Deiss_Postel.pdf).

Leitmotiv der Engagementstrategie ist, dass Engagementpolitik der Demokratieförderung und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient.

Noch immer sind die operativen und strukturellen Ziele diejenigen, denen sich die Engagemenstrategie seit jeher verpflichtet sieht, d.h.

- die Vielfalt des Engagements in allen seinen Erscheinungsformen weiterzuentwickeln,
- Engagement für alle Menschen in allen Lebenslagen und mit allen Lebenskonzepten zu ermöglichen, sofern diese dies möchten,
- Orte des Engagements / Engagementräume zu entwickeln
- neue Kooperationsformen und Vernetzungen zu befördern und
- tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Mittelpunkt steht die Freiwilligkeit, die Gemeinwohlorientierung, die Unabhängigkeit von finanziellen Interessen und die Wertschätzung des Eigensinns des Engagements.

Es erwies sich als richtig, die Fokussierung auf die FETs der ersten Phase von Beginn an als vorläufig zu definieren. Diese sollen, ganz im Sinne der konzeptionellen Anlage in der ersten Phase, überwunden, neue Handlungsfelder in den Blick genommen und die Frage nach einem eigenen Profil des Politikfeldes Bürgerschaftliches Engagement wieder stärker herausgearbeitet werden. Dabei sollen Formate erprobt werden, die den (wissenschaftlichen) Fachdiskurs stärker mit der Praxis des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort verknüpfen.

Um der Gefahr zu begegnen, sich in Fachpolitiken zu verlieren, soll zwar die Brückenfunktion, die Bürgerschaftliches Engagement für andere Fachbereiche hat, im Auge behalten werden. Geplant sind entsprechende kleinformatige Fachgespräche.[9] Stärker aber sollen die übergeordneten gesellschaftspolitischen Bezüge des bürgerschaftlichen Engagements bearbeitet werden:

- Welche Rolle spielt Bürgerschaftliches Engagement für den Fortschritt in den Kommunen und für die Entwicklung der einzelnen Menschen?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Wohlergehen, der Gesundheit der Menschen, der Zugehörigkeit und der Geborgenheit in der Gesellschaft und bürgerschaftlichen Engagement?
- Welche Erfahrungen der Selbstwirksamkeit, der Sinnstiftung und des Tätigseins verknüpfen sich mit bürgerschaftlichem Engagement und welche Rolle spielt es als Form der Beteiligung?

Die Engagementstrategie setzt dabei nach wie vor auf die tragfähigen Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg: die vom Land finanzierten Fachberatungen bei den Kommunalen Landesverbänden und deren Netze, die Verbände (Soziales, Sport, Kultur, etc.), den Zusammenschluss der Fachkräfte Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen (FaLBE), die ARBES, die Stabstelle der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft, die anderen Ressorts der Landesverwaltung sowie weitere Akteure der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

9 Ein erstes Fachgespräch Bürgerschaftliches Engagement hat zum Thema Bürgerschaftliches Engagement und Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Juni 2019 stattgefunden. Hier zeigte sich, dass die Handlungsempfehlungen der Engagementstrategie fachlich überholt waren durch gesetzliche Regelungen, wie etwa das Bundesteilhabegesetz. Dieser Befund verdeutlicht die geschilderte Problematik der ersten Phase der Engagementstrategie, die sich weit in die Tiefen der Fachlichkeit begeben hatte, ohne strukturierte Verknüpfungen zu den Fachbereichen aufzubauen.

Zum einen soll nun die Diskussion um die Bedeutung der Engagementpolitik für die Demokratie und damit die zivilgesellschaftliche Dimension des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementstrategie belebt werden. Zum anderen sollen in konkreten Formaten von allen Akteuren die Ziele der Engagementstrategie in (neuen) Vernetzungen, die sich an den o.g. Bezügen orientieren und nicht versäult sind in den klassischen Handlungsfeldern der FETs, weiter verfolgt werden.[10]

Diese Ausrichtung der Engagementstrategie wurde von der Landesregierung in einer Großen Anfrage bekräftigt. Dabei wurde auch die Entscheidung gefällt, auf landesweite Kampagnen und neue zusätzliche Bündnisse für einzelne Themen, wie das FSJ, vorerst zu verzichten.[11]

Wichtig ist es unseres Erachtens, offen zu bleiben für die (selbst-)kritische Reflexion der Prozesse und die kritischen Stimmen, die die Weiterentwicklung begleiten, aufzugreifen. Denn auch hier gilt: Erst in der Rückschau wird sich zeigen, ob der beschrittene Weg erfolgreich war.

Schluss

Was lässt sich abschließend und perspektivisch aus diesem langjährigen Prozess lernen?

Mit der Engagementstrategie erfolgten seit 2012 wesentliche Weichenstellungen für die Engagementpolitik in Baden-Württemberg. Insbesondere der Beteiligungsprozess 2012/2013 setzte große fachliche Energien frei und ist als ein Höhepunkt der Engagementpolitik in Baden-Württemberg zu bezeichnen. Nach wie vor sind die damals erarbeiteten Ziele verbindlich und bilden das Fundament der Engagementpolitik. Gleichzeitig ermöglichen die Rückschau auf den Prozess und die Erfahrungen mit der Engagementstrategie, die Diskussion über Beteiligungsverfahren und Strategiebildung weiter voranzutreiben. Folgende Aspekte möchten wir deshalb zur Diskussion stellen:[12]

- Als positiv hat sich erwiesen, dass mit der Engagementstrategie eine breite Diskussion über die Ziele der Engagementpolitik initiiert wurde. Damit erhielt die Debatte zum einen eine große Öffentlichkeit, zum anderen entstand eine bis heute tragfähige fachliche und politische Verbindlichkeit über den Stellenwert des Bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft.
- Hierdurch wurde auch der Blick dafür geschärft, wie vielfältig das Bürgerschaftliche Engagement und dessen Organisationsformen in der Gesellschaft sind.
- Das gewählte Format ermöglichte als „Lernwerkstatt“ Erkenntnisse für vergleichbare Prozesse: So brauchen Beteiligungsformate ein klares Erwartungsmanagement und es muss vor Beginn jedes Prozesses klar sein, wie genau mit Ergebnissen umgegangen und wie genau der Prozess der Umsetzung gestaltet werden soll. Beteiligungsformate dürfen kein Selbstzweck sein und bedürfen der externen wissenschaftlichen Begleitung.
- Es zeigte sich, dass die Prozessbausteine „Beteiligungsverfahren – Er-

10 Beispielhaft ist hier das Programm „Engagiert in BW“ zu nennen.

11 Vgl. hierzu die Große Anfrage der Fraktion der GRÜNE und der Fraktion CDU „Zukunft des Ehrenamtes in Baden-Württemberg“ 16/3874 vom 12.04.2018

12 Diese Aspekte basieren auf unseren konkreten fachlichen Erfahrungen mit der Engagementstrategie Baden-Württemberg und deren Bewertung aus unserer Perspektive. Eine Einordnung und Bezugnahme zur wissenschaftlichen Debatte über Beteiligungsformate und zur Zivilgesellschaftsforschung sowie zu konkreten Praxisratgebern sind nicht Gegenstand der Überlegungen. Vgl. hierzu auch: (Neu)Land gestalten. Hrsg. Allianz für Beteiligung. Stuttgart 2019

gebnissicherung – Einholen der politischen Zustimmung zu Vorschlägen und Vorgehen – Öffentlichkeitsarbeit – Umsetzung“ auf den verschiedenen Fachebenen eng verzahnt werden müssen und als Kreislauf zu verstehen sind. Es muss daher von Beginn an eine systematische und enge Abstimmung sowohl mit der politischen als auch mit den jeweiligen Fachebenen stattfinden. Je engmaschiger diese Abstimmungsprozesse, desto erfolgversprechender: weder Politik noch Verwaltung, weder Verbände noch Zivilgesellschaft können methodisch sinnvoll mit „monumentalen“ Gesamtwerken umgehen.

- Vorhandene Partizipationsstrukturen und Interessenvertretungen sowie politische Entscheidungsprozesse und Verwaltungsabläufe sind in der Strategiebildung mit zu berücksichtigen. Ein hohes Maß an Transparenz und Kommunikation in allen Phasen der Strategiebildung, der Beteiligung und des Gesamtprozesses der Umsetzung sind Voraussetzung für die Zielerreichung.
- Trotz der Brückenfunktion, die das Politikfeld „Bürgerschaftliches Engagement“ zu vielen Fachthemen hat, darf das eigene fachliche Profil nicht verloren gehen, und es muss Phasen der fachlichen Rückbesinnung auf dieses Profil geben.

BIRGER HARTNUSS

ENGAGEMENTSTRATEGIE DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Statement

Birger Hartnuß berichtet über den rheinland-pfälzischen Weg der Entwicklung einer Engagementstrategie, der sich erheblich von den Ansätzen in Baden-Württemberg oder NRW unterscheidet. Er betont, dass es hierbei landesspezifische Besonderheiten und Pfadabhängigkeiten zu berücksichtigen und es stets passgenaue Strategien zu entwickeln gelte.

In Rheinland-Pfalz gibt es eine bis auf die beginnenden *2000er Jahre zurückreichende Tradition eines bürgergesellschaftlichen Leitbilds für die Landespolitik*, die eng auch mit den Ministerpräsidenten Beck und Dreyer verbunden ist. Über knapp 20 Jahre hat sich schrittweise, stets im Dialog mit der Zivilgesellschaft, ein Angebot der Förderung und Unterstützung von Ehrenamt und Bürgerengagement entwickelt, das sich auf diesem Wege zu einer eigenständigen Engagementpolitik, resp. Engagementförderstrategie, entwickelt. Hierfür gab es jedoch – anders als in den anderen auf dem Podium vorgestellten Beispiele – keinen formalisierten Beteiligungsprozess mit einer dann verabschiedeten Strategie als Ergebnis, die es nun umzusetzen gelte. Die Strategie in Rheinland-Pfalz ist *vielmehr Ergebnis eines langjährigen Aufbau- und Konsolidierungsprozesses*, mit immer wieder Neujustierungen, Ergänzungen und Erweiterungen. Engagementförderung gilt heute in RLP als Politikbereich mit hoher Priorität, einer bereichsübergreifenden Verankerung in der Staatskanzlei und einer verbindlichen, gut ausgebauten Fachpolitik in den verschiedenen Ressorts.

Besonders wichtig war in dieser Entwicklung die *Einrichtung der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei* im Jahr 2006. Entscheidend hierfür war die hohe politische Aufmerksamkeit für das Thema an der Spitze der Landesregierung. Gleichzeitig gab es auf Arbeitsebene mit Dr. Frank Heuberger einen engagierten Treiber und Ideengeber, der den Weg hin zu einer eigenständigen Engagementpolitik maßgeblich mitgeprägt hat.

Die gesellschaftliche Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Dabei ist auch die Überzeugung gewachsen, dass keine der gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen – etwa der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Modernisierung des Bildungssystems, die Integration von Flüchtlingen – ohne das aktive Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen sind. Es wird anerkannt, dass bürgerschaftliches Engagement unersetzlich für ein funktionierendes Gemeinwesen und eine lebendige Demokratie ist. Es erbringt Leistungen und übernimmt Aufgaben, die kein noch so gut ausgestatteter Sozialstaat allein erbringen könnte. Ohne dieses Engagement würden viele Bereiche unseres Lebens und der Daseinsvorsorge nicht funktionieren.

Daher nimmt die Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert in der Landespolitik ein. Zahlreiche Programme und Strukturen auf Landesebene tragen dazu bei, dass dieses Engagement nicht nur anerkannt und gewürdigt, sondern auch nach Kräften unterstützt wird.

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei bündelt und vernetzt die mannigfaltigen Ansätze der Engagementförderung der Landesregierung und ist Servicestelle für Vereine, Verbände, Stiftungen, Kommunen und ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig koordiniert sie die interne Vernetzung und Abstimmung in diesem Bereich. Hierfür ist eine Interministerielle Arbeitsgruppe *„Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement“* zentrales Instrument. Hier findet innerhalb der Landesregierung die notwendige Vernetzungsarbeit statt. Denn inzwischen werden tatsächlich in jedem einzelnen Ministerium eigene Schwerpunkte und Programme der Ehrenamtsförderung umgesetzt.

Daneben gab es schon frühzeitig Bemühungen zur Einrichtung eines Landesnetzwerks, das als strategische Diskursplattform zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft dienen sollte. Erste Ansätze hierzu im Jahr 2007 sind jedoch zunächst gescheitert. Es mangelte zu dieser Zeit noch an dem notwendigen Vertrauen in eine solche, offene Plattform, Konkurrenzdenken stand im Raum, ebenso wie Fragen der formalen Mitgliedschaften, der Koordinierung und Ressourcenverteilung.
In den vergangenen gut 10 Jahren wurden dennoch vielfältige Kooperationen, Partnerschaften und Dialogformate im Bereich der Ehrenamtsförderung entwickelt. Dies hat bereichsübergreifend die Überzeugung reifen lassen, dass ein intensiver, bereichsübergreifender Dialog zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft in verbindlicher Form notwendig ist. Auf Initiative der Ministerpräsidentin wurde daher im Jahr 2018 ein neuer Anlauf genommen und das *Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Rheinland-Pfalz* ins Leben gerufen.

Im neuen Landesnetzwerk tauschen sich Verbände, Organisationen und Zusammenschlüsse aller gesellschaftlichen Bereiche sowie Kirchen, Kommunen und Unternehmerverbände regelmäßig aus und beraten gemeinsam mit der Landesregierung Bedarfe und Schwerpunkte der künftigen Engagementförderung. Ziel ist die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und der Ausbau der rheinland-pfälzischen Engagementstrategie. Das Netzwerk bietet den Raum für Austausch und Verständigung, für den Transfer von Erfahrungen sowie zur Findung gemeinsamer Positionen und Wege. Es versammelt Organisationen und Akteure, die in ihren jeweiligen Bereichen auf landespolitischer Ebene aktiv sind. Es ist zugangsoffen für weitere Organisationen. Es ist jedoch kein Netzwerk für einzelne vor Ort tätige Vereine, Projekte, Initiativen oder Engagierte.

Es wurde hierfür keine neue Organisation oder bürokratische Struktur wie etwa ein Verein geschaffen. Insofern gibt es auch keine formale Mitgliedschaft, natürlich keine Mitgliedsbeiträge, keine Satzung, keinen Vorstand oder sonstige bürokratische Regelungen. Koordiniert und begleitet wird das Landesnetzwerk durch die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung.

Das Netzwerk trifft sich ein Mal pro Jahr. Dabei werden vorab vereinbarte Schwerpunktthemen bereichsübergreifend beraten. Ein Teil dieses Treffens ist immer für den offenen Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Landesregierung reserviert.

Aktuelle Fragen, Anliegen und Themen der Ehrenamtsförderung können jederzeit an die Leitstelle adressiert werden (wie bisher schon). Sie speist diese in die landespolitischen Diskussionen ein und bemüht sich um Klärungen bzw. Lösungen. Das Landesnetzwerk lädt zur aktiven Mitwirkung ein. Die Mitarbeit ist freiwillig. Sofern es sich aus den Diskussionszusammenhängen ergibt, können Fachgespräche, Tagungen, digitale Foren oder befristete Arbeitsgruppen initiiert werden. Die im Landesnetzwerk mitwirkenden Organisationen erhalten einen direkten Zugang zu wichtigen Neuerungen und Entwicklungen in der Engagementpolitik. Die Leitstelle versorgt sie regelmäßig mit aktuellen Informationen.

Zentrale Herausforderungen und Agenda der Engagementstrategie in Rheinland-Pfalz

Trotz der bestehenden, gut entwickelten Angebote und Strukturen sind die Anforderungen und Erwartungen an eine moderne und wirkungsvolle Engagementförderung in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Auf der Agenda stehen derzeit insbesondere folgende Punkte:

- *Beratung und Information*: das Ausmaß der Anfragen zu rechtlichen Fragen (Versicherungsschutz, Vereinsrecht, Freistellungsregelungen etc.) hat enorm zugenommen. Die neue europäische Datenschutz-Grundverordnung hat den Bedarf noch einmal stark erhöht. Wir brauchen mehr unkomplizierte und schnelle Möglichkeiten der fachlichen Information und Beratung.
- *Fort- und Weiterbildung*: Die Schaffung von passgenauen Angeboten der Qualifizierung ist eine ganz zentrale Aufgabe, der wir uns widmen müssen. Rechtliche Fragen, Herausforderungen der Vereinsentwicklung wie die Gewinnung von Mitgliedern und vor allem von Führungs- und Vorstandspositionen, sowie nicht zuletzt der digitalen Entwicklung erfordern neue Angebote und Formate, um die Organisationen der Zivilgesellschaft wirkungsvoll bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen. Nicht zuletzt gilt es, die bestehenden Angebote der Fort- und Weiterbildungen besser zu vernetzen und für alle Interessierten sichtbar zu machen.
- Die *Digitalisierung* eröffnet viele, noch ungeahnte Chancen und Perspektiven, auch für die Zivilgesellschaft. Sie stellt Vereine und Organisationen aber auch vor Herausforderungen. Wir wollen sie dabei unterstützen, passgenaue Lösungen zu finden, damit die Engagierten von den digitalen Möglichkeiten profitieren, die Arbeit erleichtert und die Zivilgesellschaft gestärkt wird.
- *Unterstützung unserer Kommunen*: Auch auf kommunaler Ebene stellen sich Herausforderungen der Engagementförderung. Unsere Förderung von Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen hat sich etabliert, soll aber ausgebaut werden. Die Landesregierung will die Kommunen aber auch dabei unterstützen, ihre jeweils eigenen Strategien zu entwickeln. Hierzu braucht es Begleitung und Beratung vor Ort. Mit der Initiative „Ich bin dabei!“ konnten in den vergangenen Jahren hierfür bereits gute Ansätze entwickelt werden. Diese Erfahrungen sollen verstetigt werden.
- *Verstärkter Wettbewerb um das Ehrenamt*: Viele Organisationen und Einrichtungen bemühen sich verstärkt darum, Freiwillige für ihre Arbeit zu gewinnen. Es wird spürbar, dass es hierbei zu einem Wettbewerb um Engagierte kommt. So gibt es Engagementbereiche, in denen immer mehr Ehrenamtliche gesucht werden – wie z.B. die

Unterstützung rund um die Pflege, Patenschaften in Schule und Kita oder die Gestaltung des Gemeinwesens im Stadtteil oder in kleinen Gemeinden. Neue Engagementfelder wie die Hilfe für Flüchtlinge sind hinzugekommen. In diesem Wettbewerb sind die Organisationen besonders erfolgreich, die den Engagierten die besten Bedingungen bieten. Dabei kommt es immer häufiger zu Maßnahmen, die monetäre Anreize setzen.

- *Monetarisierung*: Wir beobachten mit einer gewissen Sorge, dass in der Ehrenamtsförderung immer mehr Geld und Bezahlung Einzug hält. Dies bleibt nicht ohne Folgewirkungen für die Engagierten wie die Organisationen. Eigensinn und Selbstbestimmtheit des Engagements können dabei Schaden nehmen. Zwischen Organisationen, die Pauschalen zahlen, und denen, die es nicht können, entstehen Konkurrenzen. Natürlich sollen reale Aufwände erstattet werden. Aber im Kern ist und sollte das Ehrenamt doch unentgeltlich bleiben. Zu dieser Frage gibt es bislang keine einheitliche Position. Wir brauchen hierzu eine gesellschaftliche Debatte und wenn möglich Leitplanken und gemeinsame Orientierungspunkte. Besonders wichtig ist mir dabei, dass wir hierbei nicht mit zweierlei Maß messen. Was in großen Organisationen gilt, sollte möglichst auch für andere Formen des Ehrenamts möglich sein.
- *Vereinsentwicklung*: Trotz gestiegener Engagementzahlen insgesamt wissen wir doch aus der Praxis von Vereinen wie aus Studien, dass manch ein Verein, insbesondere in ländlichen Räumen unter sinkenden Mitgliederzahlen leidet. Aber auch große Verbände wie etwa die Freiwillige Feuerwehr beklagen rückläufige Mitgliederzahlen. Noch gravierender ist allerdings das Problem, die Führungs- und Vorstandspositionen zu besetzen. Gerade diese Ehrenämter mit hoher Verbindlichkeit und großem Zeitaufwand sind immer schwerer zu finden. Unsere Vereine brauchen dringend Unterstützung, um hierbei neue Strategien zu entwickeln, rechtzeitig Nachwuchs zu suchen und die Verantwortungsrollen auf mehrere Schultern zu verteilen.
- *Babyboomer*: Die demografische Entwicklung bringt es mit sich, dass wir schon bald eine Generation gut ausgebildeter, aktiver Menschen in der nachberuflichen Phase haben werden, die grundsätzlich zum Engagement bereit ist. Allerdings hat diese Generation gegenüber früheren Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern ganz eigene, veränderte und selbstbewusste Vorstellungen der Mitgestaltung. Um dieses große Potenzial an gut ausgebildeten engagementbereiten Menschen zu gewinnen, brauchen Organisationen und Einrichtungen veränderte Engagementmöglichkeiten.
- *Integration von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten*: Das Miteinander in unserer Gesellschaft kann nicht angeordnet, es muss gelebt werden. Hier stehen wir, nicht zuletzt durch die vielen zu uns geflüchteten Menschen, vor Herausforderungen der Integration. Diese können wir nur mit einer engagierten Bürgerschaft bewältigen. Denn Integration ist etwas, was nicht allein durch die Politik gewährleistet werden kann. Sie gelingt dort, wo Menschen anpacken, Verantwortung übernehmen und sich engagieren. Aus diesem Grunde müssen wir den Rahmen dafür schaffen, das Engagement im Flüchtlingsbereich zu erhalten und zu unterstützen. Das Engagement war in der unmittelbaren Nothilfe, als die vielen Menschen zu uns kamen, unersetzlich. Wir brauchen es heute ebenso dringend zur Integration.

- *Stärkung der frühen Förderung von Engagement und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen*: Ehrenamt und Partizipation sind nicht angeboren, sondern werden in praktischer Erfahrung gelernt. Deshalb brauchen wir neue Ansätze, jungen Menschen schon frühzeitig Erfahrungen bürgerschaftlicher Beteiligung zu ermöglichen. Damit legen wir die Basis für eine auch künftig lebendige und demokratische Bürgergesellschaft. Hierfür braucht es eine intensive Kooperation zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Das von Ministerpräsidentin Dreyer 2017 ins Leben gerufene Bündnis „Demokratie gewinnt!" ist hierfür ein zentraler Ort.
- *Demokratieentwicklung*: Nicht nur über Politik wird Demokratie gestaltet, sondern auch über die aktive Mitwirkung der Bürger und Bürgerinnen. Und genau hier liegt die Wurzel des gesellschaftlichen Zusammenhalts, hier entsteht eine gemeinsame kulturelle Identität, die Unterschiede aushält, versöhnt und integrierend wirkt. Das demokratische Miteinander fällt uns jedoch nicht in den Schoß, es muss als Kultur gelebt werden. Und dies geschieht vor allem im bürgerschaftlichen Engagement.

Deshalb müssen wir Engagement- und Demokratiepolitik als zwei Seiten ein- und derselben Medaille begreifen.

Das Landesnetzwerk bietet die Chance, gesellschaftliche Veränderungen proaktiv aufzugreifen und Rahmenbedingungen für das Ehrenamt positiv zu gestalten. Die Gestaltung des Netzwerks ist dabei ein Lernprozess für alle Beteiligten.

Viele Organisationen haben den Gründungsprozess aktiv begleitet und unterstützen den Dialog. Hierzu gehört auch das Landesnetzwerk der Anlaufstellen für ältere Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz, das auf dem Podium von Frau Annette Scholl vertreten wird. Sie regt an, diesen Prozess konsequent weiterzugehen, Verbindlichkeit zu gewährleisten und in der Weiterentwicklung die Potenziale der Netzwerkpartner zu nutzen.

Ein kritischer Hinweis zu den formalisierten Engagementstrategien

Birger Hartnuß würdigt den in anderen Ländern begonnenen Weg der Entwicklung eigener Engagementstrategien durch breit aufgestellte Beteiligungsprozesse. Dies schaffe hohe öffentliche Aufmerksamt, binde eine Vielzahl von Akteuren ein und lasse die vordringlichen Bedarfe in einer abgestimmten Agenda als Strategie sichtbar werden. Er weist aber auch auf aus seiner Sicht mögliche Hürden und Fallstricke hin. Die Prozesse produzieren regelmäßig hohe Erwartungshaltungen gegenüber der Politik. Notwendig ist daher eine Bereitschaft der politischen Verantwortungsträger, verbindlich mit den Ergebnissen umzugehen und Feedback über die Umsetzung in vereinbarten Zeitschienen abzulegen. Zudem ist ein kluges Erwartungsmanagement bereits in den Beteiligungsprozessen wichtig, um nicht von vornherein an unrealistischen Erwartungen zu scheitern.

Hartnuß erinnert in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen des BBE mit dem im Jahr 2009 mustergültig organisierten und durchgeführten Nationalen Forum für Engagement und Partizipation. Die in einem aufwendigen, partizipativen Verfahren abgestimmte Agenda hat bis heute in vielen Punkten Gültigkeit. Ihre Umsetzung scheiterte jedoch genau daran, dass eine verbindliche Umsetzungsstrategie von Seiten des Bundes nicht in Angriff genommen wurde.

ANDREAS KERSTING

EINE ENGAGEMENTSTRATEGIE FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Landeskabinett von Nordrhein-Westfalen hat im Frühjahr 2018 beschlossen, eine Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen zu entwickeln, mit dem Ziel, bürgerschaftliches Engagement zu stärken, neue Engagierte zu gewinnen und gemeinsam eine solidarische und vielfältige Gesellschaft zu gestalten, an der jeder teilhaben kann. Dieser Prozess hat bereits im Frühsommer 2018 begonnen und wird voraussichtlich bis ins Frühjahr 2020 andauern und in der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen münden.

Den Engagierten vor Ort, den Kommunen, den Unternehmen, den Universitäten und den vielen freien Trägern in Nordrhein-Westfalen soll ein ermöglichender Rahmen geboten werden, um bürgerschaftliches Engagement auf- und auszubauen sowie Hemmnisse abzubauen.

Uns ist es ein besonderes Anliegen, eine Vielfalt an Perspektiven und Akteuren in diesen Prozess einzubinden. Denn es geht darum, ein möglichst differenziertes Bild davon zu erhalten, an welchen Themen und Handlungsfeldern aus Sicht der Menschen im Land gearbeitet werden sollte und in welchen Bereichen sie sich von Seiten des Landes, der Kommunen, der Verbände oder auch des Bundes zusätzliche Unterstützung wünschen.

Bausteine im Prozess

Wesentliche Bausteine des breiten Beteiligungsprozesses sind die regionalen Veranstaltungen und die Ehrenamtstour.NRW.
Veranstaltungen in den fünf Regierungsbezirken

Teil des Beteiligungsprozesses sind die Veranstaltungen in den fünf Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens, die in der Zeit von September 2018 bis Mai 2019 stattgefunden haben. Im Rahmen des Open Space-Formats haben uns dabei zahlreiche Menschen ihre Anregungen mitgeteilt und mögliche Ansatzpunkte für die Handlungsempfehlungen der Engagementstrategie benannt. Durch das offene Veranstaltungsformat hatten alle Teilnehmenden ohne inhaltliche Vorgaben oder Vorstrukturierung die Möglichkeit, ihre Themenwünsche und Anliegen zu äußern. Dadurch wurde sichergestellt, dass die inhaltliche Auseinandersetzung entlang der Themen und Fragestellungen geführt werden konnte, welche die Menschen im Zusammenhang mit (ihrem) Engagement bewegen. Die Leidenschaft, mit der die Vorschläge eingebracht wurden, und die Vielfalt der Perspektiven und Einschätzungen waren beindruckend.

Ehrenamtstour.NRW – 108 Haltepunkte in Nordrhein-Westfalen

Die Ehrenamtstour.NRW ist ein weiteres, wohnortnahes Gesprächsangebot der Landesregierung an die Bevölkerung. Bis zum Spätsommer 2019 werden alle 54 Kreise und kreisfreien Städte im Land mit je zwei Haltepunkten angesteuert. Auch

sie zielt darauf ab, Anregungen und Hinweise zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements einzuholen. Der Tourenplan mit den verschiedenen Haltepunkten ist im Internet öffentlich einsehbar. Am Aktionsstand stehen unterschiedliche Elemente zur Verfügung, um ins Gespräch zu kommen und die Rückmeldungen zu erfassen.

Bei der Vorbereitung und Begleitung der Haltepunkte erfahren wir vielerorts große Unterstützung aus den Kommunen und von Seiten der engagementfördernden Infrastruktur, wie beispielweise den örtlichen Freiwilligenagenturen. Diese Unterstützung ist wichtig und wertvoll und trägt zum Gelingen der Ehrenamtstour. NRW bei.

Der Beteiligungsprozess hat im Sommer des vergangenen Jahres begonnen und die Phase der Bestandsaufnahme dauert noch an. Sie ist entscheidend, da diese ausführliche Bestandsaufnahme den Dreh- und Angelpunkt für die Erarbeitung der Engagementstrategie darstellt. Parallel dazu werden die vielfältigen Erkenntnisse und Anregungen mit der sogenannten Steuerungsgruppe und auch innerhalb der Landesverwaltung diskutiert.

Steuerungsgruppe

Die Steuerungsgruppe besteht aus über 30 Akteuren aus Organisationen, Verbänden und Wissenschaft, die in unterschiedlichsten Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen aktiv sind. Dieses interdisziplinär besetzte Gremium wurde einberufen, um von Beginn an eine möglichst große Perspektivvielfalt wie auch fachliches Know-how in den Prozess zu integrieren. Die Steuerungsgruppe übernimmt eine Seismographenfunktion und fungiert als Bindeglied. Denn die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Nordrhein-Westfalen kann nur gelingen, wenn diese Akteure im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und Wirkungskreise an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen mitwirken, und wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Zudem wurden einige bundesweite Akteure in den Prozess eingebunden, die zur Beratung der Strategieentwicklung relevant sind.

Interministerielle Arbeitsgruppe

Als Querschnittsthema ist bürgerschaftliches Engagement für verschiedene Ministerien der nordrhein-westfälischen Landesregierung relevant. Einen weiteren Baustein zur Entwicklung der Landesengagementstrategie bilden demzufolge Workshops einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG), die zu diesem Zweck eingerichtet wurde. Durch diese IMAG wird die landesverwaltungs-interne, ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Landesstrategieentwicklung sichergestellt.

Die gesammelten Anregungen, Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Beteiligungsprozessen werden im Nachgang durch die Steuerungsgruppe und die interministerielle Arbeitsgruppe reflektiert und bewertet. Dabei werden zentrale Themen und Fragestellungen identifiziert sowie Schwerpunktthemen und Handlungsfelder festgelegt, die den gesamten Prozess und die Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen strukturieren. Die prozessbegleitenden Gremien erarbeiten gemeinsam mögliche Handlungsempfehlungen und Umsetzungsideen entlang der Anregungen aus dem vorgeschalteten Beteiligungsprozess und bringen ihre vielfältigen Perspektiven und Expertisen in die Diskussion ein.

JOCHEN BEUCKERS

ENGAGEMENTSTRATEGIE NRW – EINE CHANCE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Die Ankündigung der neuen, in der Staatskanzlei angesiedelten Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, stieß sofort auf breite Zustimmung. Gerade im Amt, stellte sie im Oktober 2017 beim Auftakt des Engagementkongresses NRW in Bonn die Entwicklung einer „Engagementstrategie für das ganze Land Nordrhein-Westfalen“ in Aussicht. Vor allem der geplante breite Beteiligungsprozess wurde positiv bewertet. Milz: „Auf diesem Weg zur Engagementstrategie des Landes brauche ich Sie alle. Ich brauche aber nicht nur Sie, sondern auch Ihre Leute vor Ort.“

Die Entwicklung einer Landesengagementstrategie passt in die Landschaft. Zum einen trägt sie einer geänderten Wahrnehmung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung. Engagement wird immer mehr in seiner Bedeutung für den Zusammenhalt und die Gestaltung der Gesellschaft wahrgenommen und hat im öffentlichen Bewusstsein spätestens mit der Flüchtlingsfrage die Zone der privaten Freizeitgestaltung verlassen.

Zum anderen wird in immer mehr Städten und Gemeinden über Konzepte zur Förderung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements diskutiert. Immer häufiger entstehen lokale Engagementstrategien, die die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft auf der einen und Kommunalverwaltungen und Kommunalpolitik auf der anderen Seite auf eine neue Grundlage stellen – im Idealfall auch unter Beteiligung von örtlichen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Ziele und Erwartungen

Engagement geschieht vor Ort. Die wachsende Zahl Engagierter – siehe Freiwilligensurvey – zeigt eine größere Beteiligungsbereitschaft vieler Bürger und Bürgerinnen. Sich zu engagieren, das persönliche und gesellschaftliche Miteinander vor Ort weiter zu entwickeln, hat für viele Menschen an Bedeutung gewonnen. Das heißt für die Strategie: Die Ergebnisse des Diskussionsprozesses müssen vor Ort spürbar werden.

Die in den Regionalkonferenzen und bei der Ehrenamtstour geäußerten Wünsche und Erwartungen an eine landesweite Strategie sind vielfältig. Hemmnisse für Engagement sollen abgebaut, Fördermöglichkeiten koordiniert und vereinfacht, Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern und Bürgerinnen überdacht, rechtliche und steuerliche Regelungen überprüft und eine Vielzahl von Einzelfragen zur Gestaltung der Arbeit vor Ort gelöst werden. Dabei ist nicht nur das klassische Engagement in Verbänden und Vereinen zu berücksichtigen, sondern auch das große Feld neuer Initiativen, von freiem und digitalem Engagement.

Die Strategie bietet die Chance, einen Gesamtblick auf die Themen und Herausforderungen zu werfen, denen sich

das ehrenamtliche Engagement in Nordrhein-Westfalen aktuell gegenüber sieht. Die breite Beteiligung fördert aber auch sehr unterschiedliche Auffassungen und Einschätzungen zu Tage, die eine neue Verständigung auf Begrifflichkeiten und Inhalte erfordern. Schon das Verständnis von Engagement im Sinne der Strategie unterscheidet sich.

Die Entwicklung einer gemeinsamen, partizipativ entwickelten Strategie ist geeignet, auf gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren. Handlungsempfehlungen müssen sich hier nicht nur an den Staat, sondern auch an die zivilgesellschaftlichen Akteure richten mit dem Anspruch, den Prozess der Weiterentwicklung gemeinsam anzugehen und zu verantworten. Insofern ist der Ansatz, nicht eine „Engagementstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen", sondern eine „Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen" zu entwickeln der richtige Ansatz.

Der Prozess bisher hat erstaunlich wenig Partikularinteressen zu Tage gefördert. Dies ist zum einen der Moderation zu verdanken, zeigt aber auch die Bereitschaft der Akteure, die Chance einer gemeinsam entwickelten Strategie zu nutzen. Die Engagementstrategie wird als Chance verstanden, erstmals in Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Grundlage für Engagementförderung zu entwickeln.

Herausforderungen

Bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement rückt mit der Landesengagementstrategie in den Fokus der Landespolitik. Landesregierung, Verbände, Wohlfahrtspflege, Vereine und Interessenvertretungen auf Landes- und kommunaler Ebene sind in der Entwicklung gefordert, sich zu den Fragen von Engagementförderung zu positionieren – auch über eigene Interessen hinaus. So hat schon der Prozess dazu beigetragen, dass sich Akteure neu zusammenfinden.

Der umfassende Beteiligungsprozess hat eine Vielzahl an Themen, Stichworten, Bedürfnissen und Anregungen ergeben und führt zu hohen Erwartungen. Es ist eine große Herausforderung, diese Vielzahl an Einzelfragen in einer Strategie zusammenzufassen ohne der Versuchung zu erliegen, bei der Bündelung von Einzelmaßnahmen stehen zu bleiben. Manches wird offen bleiben, viele Themen werden zunächst nur identifiziert werden können.

Nicht alle Fragen lassen sich auf Landesebene lösen. Viele Themen sind direkt vor Ort angesiedelt, andere fallen in die Zuständigkeit des Bundes. Eine Landesstrategie kann jedoch Wege aufzeigen, wie in Zukunft im gesamten Bundesland mit Engagement umgegangen wird. Und sie kann Rahmenbedingungen formulieren, die es Kommunen und Zivilgesellschaft vor Ort erleichtern, Engagementförderung gemeinsam neu in den Fokus zu nehmen, die den Bürgern und Bürgerinnen sowie Trägern in Städten und Gemeinden ihr Engagement erleichtern und bestenfalls zu einer noch größeren Bereitschaft führen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Dazu kann auch der Aufbau von Infrastruktureinrichtungen für die Koordinierung, Beratung und Unterstützung vor Ort gehören.

Eine Herausforderung für die Umsetzung wird die Frage sein, wie sich die verschiedenen Landesministerien positionieren. Wünschenswert wäre es, die Engagementstrategie hier als Rahmen eines ressortübergreifenden Handlungskonzepts zu verstehen. Die Bildung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) und die Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe sind wichtige Schritte, Engagementförderung gemeinsam zu denken.

Hier spielt auch eine Rolle, welche Rolle die Landesregierung im weiteren Prozess einnimmt. Ehrenamtliches Engagement braucht Sichtbarkeit und Wertschätzung. Wertschätzende Äußerungen von Politik und Verwaltung für das breit aufgestellte ehrenamtliche Engagement sind wichtig und werden von Engagierten auch immer wieder eingefordert. Sie reichen jedoch immer weniger, um dem Bedürfnis nach Anerkennung freiwilligen Engagements zu entsprechen. Vielmehr ist der Staat als Ermöglicher, als Partner gefordert, der Engagement nicht im Sinne eigener Interessen zu steuern versucht, sondern bei der Weiterentwicklung unterstützt.

Die Engagementstrategie wird dabei einen Rahmen für die weitere Entwicklung bieten und einen Diskussionsstand beschreiben sowie in einigen aktuellen Feldern Handlungsempfehlungen aussprechen. Sie bietet die Chance, im einwohnerstärksten Bundesland neue Akzente in der Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen sowie Akteuren in der Engagementförderung zu setzen. Was in einem großen, partizipativen Prozess gemeinsam begonnen wurde, muss in einen fortlaufenden Beteiligungsprozess münden, um zukünftige Herausforderungen auch gemeinsam zu bewältigen. Damit ist die Engagementstrategie nicht das Ende, sondern der Start eines Prozesses.

Wenn es gelingt, unter Einbeziehung der Landesregierung und der zivilgesellschaftlichen Akteure Voraussetzungen zu schaffen, um an der Weiterentwicklung der identifizierten Themen zu arbeiten und wenn es gelingt, dies auch vor Ort sichtbar und spürbar zu machen, ist viel erreicht. Dies könnte durch den Aufbau eines starken Landesnetzwerkes unter Einbeziehung der zuständigen Stellen der Landesregierung gewährleistet werden.

Alles in allem: Die Engagementstrategie für Nordrhein-Westfalen ist mit ihrem partizipativen Ansatz eine große Chance, die Weichen für eine zukunftsfähige Engagemententwicklung zu stellen. Sie wird dann erfolgreich sein, wenn ihre Ergebnisse vor Ort ankommen, Zivilgesellschaft und strukturelle Grundlagen für bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden und wenn ihre eigene nachhaltige Weiterentwicklung durch die Zusammenarbeit und Kooperation aller Partner auf Augenhöhe gewährleistet ist. Nicht zuletzt wird sie damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung in Nordrhein-Westfalen leisten.

AUTOR*INNENVERZEICHNIS

Jochen Beuckers leitet die Freiwilligenagentur Forum Ehrenamt in Königswinter und ist einer der beiden SprecherInnen der Engagierten Städte des Bundesnetzwerks „Engagierte Stadt“. Als Sprecher der Engagierten Städte NRW ist er Mitglied der Steuerungsgruppe der Engagementstrategie NRW und war an vier der fünf Regionalkonferenzen in den nordrhein-westfälischen Regierungsbezirken beteiligt.
j.beuckers@haus-heisterbach.de

Dr. Susanne Diemer, Politologin, leitet seit April 2017 das Referat „Bürgerschaftliches Engagement“ im Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg.
susanne.diemer@sm.bwl.de

Dr. Behzad Fallahzadeh ist Referent der Netzwerkbetreuung und -entwicklung in der Geschäftsstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.
behzad.fallahzadeh@b-b-e.de

Rosa Geiger-Wahl arbeitet im Kompetenzzentrum Solidaritätsstiftung im Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V. als Referentin für Ehrenamt /Freiwilligenengagement. Sie verantwortet die fachliche, konzeptionelle Begleitung und Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements, sowie die sozialpolitische Arbeit und Vertretung auf der Landesebene Baden-Württemberg und in verschiedenen überregionalen Gremien.
geiger-wahl@caritas-dicvrs.de

Birger Hartnuß, Leiter der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Koordinator der Länder in der Bund-Länder-Kommunen-Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“, Mitglied des Sprecher*innenrats des BBE.
birger.hartnuss@stk.rlp.de

Julia Hudy ist die Leiterin der Geschäftsstelle des AKTIVOLI-Landesnetzwerkes Hamburg e.V., eines Dachverbands zur Engagementförderung. Sie ist studierte Kulturwissenschaftlerin und Anglistin. Ihre Themenschwerpunkte in der Bildungsarbeit sind Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Citizenship Education sowie die Engagementförderung junger Menschen.
info@aktivoli.de
www.aktivoli.de

Nicole Kautz, M.A. Soz‘in, ist Projektleiterin und Koordinatorin für den Themenbereich geschlechtssensible Selbsthilfearbeit bei der BAG SELBSTHILFE e.V. sowie BBE-Themenpatin für das Themenfeld

„Gendergerechtigkeit“. Aktueller Themenschwerpunkt bei der BAG SELBSTHILFE e.V. ist die Stärkung und Empowerment der Selbstvertretungskompetenz von Frauen und Mädchen mit Behinderung und chronischer Erkrankung in der gesundheitlichen Selbsthilfe.
nicole.kautz@bag-selbsthilfe.de

Andreas Kersting ist Leiter des Referates „Bürgerschaftliches Engagement“ in der Staatskanzlei des Landes NRW.
andreas.kersting@stk.nrw.de

Dr. Thomas Röbke ist geschäftsführender Vorstand des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. und Vorsitzender des Sprecher*innenrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).
roebke@lbe-bayern.de

Dr. Lilian Schwalb ist Leiterin des Arbeitsbereichs Netzwerkbetreuung und -entwicklung in der BBE-Geschäftsstelle und Mitglied der BBE-Geschäftsführung.
lilian.schwalb@b-b-e.de

PROGRAMM

Tagesordnung

BBE-Länderforum 2019

Schwerpunktthema: Engagement und Demokratie

Eine gemeinsame Veranstaltung

des Ministeriums für Soziales und Integration, Baden-Württemberg

und

des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

21. Mai 2019

Restaurant Vaporetto

Albrechtstraße 12

10117 Berlin

19:00 Uhr	Begrüßung **PD. Dr. Ansgar Klein, BBE-Geschäftsführer**
19:10 Uhr	Dinner Speech **Dr. Holger Krimmer, Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes**
Ab ca. 19:30 Uhr	Gemeinsames Abendessen

Seite **1** von **3**

22. Mai 2019

10:00 – 17:15 Uhr

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Tiergartenstr. 15, 10785 Berlin

10:00 Uhr **TOP 0 Begrüßung mit Kaffee und Tee**

10:30 Uhr **TOP 1 Eröffnung des BBE-Länderforums**
Staatssekretär Volker Ratzmann,
Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund

10:45 Uhr **TOP 2 Grußwort**
Birger Hartnuß, BBE-Sprecher*innenrat, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

11:00 Uhr **TOP 3 Keynote**
Engagement vs. Partizipation? Über die Vitalität demokratischer Alltagskultur
Dr. Thomas Röbke, Vorsitzender des BBE-Sprecher*innenrats,
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.

12:00 Uhr **Mittagessen**

12:45 Uhr **TOP 4 Workshops**
Digitalisierung
Birger Hartnuß, BBE-Sprecher*innenrat und Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und
Carola Schaaf-Derichs, BBE-Sprecher*innenrat und Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V.

Vielfalt
Nicole Kautz, BAG Selbsthilfe e.V. und
Kirsten Witte-Abe, DOSB, BBE-Themenpatinnen „Gendergerechtigkeit“

Vernetzung in ländlichen Räumen
Brigitte Manke, Thüringer Ehrenamtsstiftung und
Annette Scholl, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.

Bildung
Julia Hudy, Aktivoli-Landesnetzwerk Hamburg e.V. und
Sigrid Meinhold-Henschel, Bertelsmann Stiftung

14:30 Uhr **Kaffeepause**

14:45 Uhr **TOP 5 Zusammenführung und Diskussion der Ergebnisse**

Seite **2** von **3**

15:30 Uhr **TOP 6 Engagementstrategien der Bundesländer**
Kurzimpulse und Kommentierungen

Baden-Württemberg
Dr. Susanne Diemer, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
Rosa Geiger-Wahl, Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V.

Rheinland-Pfalz
Birger Hartnuß, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Annette Scholl, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.

Nordrhein-Westfalen
Andreas Kersting, Staatskanzlei des Landes NRW
Jochen Beuckers, Perspektiven für das Leben e.V.

Diskussion im Plenum

16:45 Uhr **Fazit und Ausblick**

17:15 Uhr **Ende**

Moderation: Dr. Lilian Schwalb, BBE

Eine Veranstaltung in Kooperation von:

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

BÜRGERENGAGEMENT UND EHRENAMT

BBE Geschäftsstelle gemeinnützige GmbH

Seite **3** von **3**

BBE-NEWSLETTER ONLINE

BBE-NEWSLETTER

Der BBE-Newsletter informiert 14-täglich über Engagementpolitik und -debatte in Deutschland, interessante Publikationen und Veranstaltungen sowie Aktuelles aus dem BBE. In monatlichen Themenschwerpunkten vertiefen AutorInnen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zivilgesellschaftliche Themen.

www.b-b-e.de/newsletter

BBE EUROPA-NACHRICHTEN

Die BBE Europa-Nachrichten zu Engagement und Partizipation in Europa bieten monatlich Informationen und Hintergrundberichte zu europäischen Fragen der Engagementpolitik und -förderung, Gastbeiträge namhafter EuropaexpertInnen sowie Hinweise auf internationale Beteiligungsverfahren.

www.b-b-e.de/eunewsletter

INFOLETTER

Der Infoletter informiert anlassbezogen über Aktivitäten zur Vorbereitung und Durchführung der »Woche des bürgerschaftlichen Engagements», hält über Neuigkeiten, Termine, Aktionen und Materialien der Kampagne »Engagement macht stark!« auf dem Laufenden und stellt Engagement-Projekte vor. Zusätzlich erscheinen zu den drei jährlichen Themenschwerpunkten SonderInfoletter, die die Schwerpunkte inhaltlich begleiten und fachlich untersetzen.

www.engagement-macht-stark.de/publikationen/infoletter

NEWSLETTER-ABO

www.b-b-e.de/newsletter-abo